

Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint
jeden Sonnabend.

Redaktion: **H. Umbreit,**
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis
pro Quartal Mk. 1,50.

Inhalt:

	Seite		Seite
Die Rechnungsergebnisse der deutschen Unfall-Vereinsgenossenschaften im Jahre 1905. I	177	Lohnbewegungen. Streiks und Aussperrungen	189
Statistik u. Volkswirtschaft. Arbeitskämpfe in Kanada	182	Gewerbegerichtliches. Eine Gewerbegerichtswahl in Breslau. — Prozeßvertretung und Schlichtungskommission. — Wahl in Pöbneck	189
Arbeiterbewegung. Aus den deutschen Gewerkschaften. — Von den amerikanischen Gewerkschaften	183	Kartelle, Sekretariate. Aus den Kartellen. — Arbeitersekretär für Begegnung gesucht	192
Kongresse. Elfte Generalversammlung des Verbandes der Bäcker Deutschlands	186	Mitteilungen. Berichtigung. — Unterstützungs-Vereinigung	192

Die Rechnungsergebnisse der deutschen Unfall-Berufsgenossenschaften im Jahre 1905.

I.

Die Massenunglücke im Saarrevier und im Ruhrrevier haben die große Öffentlichkeit aufgeschreckt und ihr begreiflich gemacht, daß doch nicht alles so ist, wie es sein sollte. Als die große Grubentatastrophe von Courrières in Frankreich die Welt in Atem hielt, erklärte die bürgerliche Presse übereinstimmend, in Deutschland sei eine solche Katastrophe unmöglich. Man hatte das Borussia-Unglück schon vergessen, das kurz danach durch den großen Dortmund-Prozeß in die Erinnerung zurückgerufen wurde. Da offenbarte sich nun freilich, daß es mit der vielgerühmten Sicherheit des deutschen Bergbaues übel bestellt war, daß die einfachsten Schutzvorrichtungen aus lächerlicher, übelangebrachter Sparsamkeit nicht beschafft wurden, daß das Leben von Hunderten von Arbeitern nichts gilt. „Man will doch nicht nur Unfälle verhüten, — man will doch auch Kohle fördern“ erklärte der Bergwerksdirektor Randbrook. Und dann kamen die neuen Massenunglücke im Saargebiet, auf der Grube „Neben“, im Schachte „Gerhardt“, in Dudweiler, in Kohlwald, auf der „Mathildengrube“ zu Kl. Rosseln und jetzt wieder auf der Zeche „Bruchstraße“ bei Bochum und auf der Grube „Große Burg“ bei Neunkirchen im Siegerland. Setzafolgen von Menschenleben werden dem Profit geopfert und die vielgerühmte Berginspektion ist nicht imstande, diese Unglücksfälle zu verhüten. Nachträglich stellte sich freilich in der Regel heraus, daß längst bekannte Mißstände die Katastrophen herbeiführten, und daß ein rechtzeitiges und energisches Eingreifen, das auch vor zeitweiliger Schließung bedrohter Schächte und Abbaue nicht zurückschreckt, manches Menschenleben erhalten hätte. Aber vergebens wartet man auf durchgreifende Aenderungen in der Unfallverhütung und Inspektion. Der preussische Handelsminister Delbrück kündigte sich vor

kurzem als Gegner der Beteiligung von Arbeitern an der Berginspektion an, — von ihm ist eine ernste Reform also nicht zu erwarten.

Unter diesen Umständen gewinnen die soeben veröffentlichten Rechnungsergebnisse der deutschen Unfall-Berufsgenossenschaften für das Jahr 1905 ein erhöhtes Interesse. Sie bestätigen, was aus der ganzen industriellen Entwicklung vorauszusehen war, ein weiteres Steigen der Unfallopfer. Im Jahre 1903 waren im ganzen 530 507 Unfälle gemeldet worden — im Jahre 1904 stieg deren Zahl auf 583 965 —, im Berichtsjahre wurde mit 609 160 Unfällen das sechste Hunderttausend überschritten. Diese Steigerung ist nicht bloß eine absolute, — auch in relativer Beziehung ist eine Zunahme von 27,25 (1903) auf 29,38 (1904) und 30,09 (1905) Unfälle pro Tausend Versicherte zu verzeichnen. Seit 1894, da die relative Unfallhäufigkeit nur 15,55 pro Mille betrug, hat sich die Unfallgefahr nahezu verdoppelt. Während die Zahl der Versicherten seit 1894 nur um 11,2 Proz. stieg, wuchs die Zahl der Verunglückten um 115,3 Proz. Das sind furchtbare Zahlen, die alle Schönfärbereien unserer offiziellen Sozialpolitik glatt zu Boden schlagen.

Auch die Zahl der schweren Unfälle, derjenigen, die eine entschädigungsberechtigende Erwerbsunfähigkeit zurüdlaffen, ist gestiegen, wenn auch nicht in so bedeutendem Maße. Es wurden erstmalige Entschädigungen festgestellt: 1903 für 129 375, 1904: 137 673 und 1905: 141 121. Das ist eine Zunahme der entschädigten Unfälle um 3448. Auf je 1000 Versicherte entfielen 1903: 6,57, 1904: 6,89 und 1905: 6,90 entschädigte Unfälle. Auch deren Zahl hat sich seit 1894, in welchem Jahre nur 68 677 Unfälle (3,78 pro Mille) entschädigt wurden, verdoppelt.

Die Gesamtzahl der gemeldeten Unfälle ist seit 1886, seit Bestehen der Unfallversicherung, auf mehr

als 6¼ Millionen (6 773 906) angewachsen; die Zahl der entschädigten Unfälle hat eine Höhe von 1½ Millionen überschritten (1 555 860) und von Jahr zu Jahr setzt sich die Steigerung in ungezügelterem Tempo fort.

Die Zahl der tödlich endenden Unfälle vermehrte sich von 8752 (1904) auf 8928 (1905), die der Unfälle mit dauernder völliger Erwerbsunfähigkeit wurde von 1604 (1904) auf 1487 (1905) vermindert. Die tödlich Verunglückten hinterließen 19 086 Entschädigungsberechtigte, nämlich 6188 Witwen, 12 564 Kinder und Enkel und 334 Verwandte aufsteigender Linie. Trotz dieses alljährlich mit unheimlicher Sicherheit wachsenden gewaltigen Ausschleudersprozesses geschieht nichts, um dessen verheerende Wirkungen aufzuhalten. Selbst Massenunglücksfälle mahnen nur vorübergehend das öffentliche Gewissen, — finden kaum nachhaltigen Widerhall in Kreisen der Verwaltung und Regierung und alles bleibt beim alten, d. h. die Unfallziffer steigt mit derselben mathematischen Sicherheit weiter.

Die Reichsregierung hat bei den jüngsten Reichstagsdebatten wiederholt die Erklärung abgegeben, sie wolle an der Sozialpolitik festhalten. Wenn das nichts anderes heißt, als die Fortsetzung des bis heute beliebten Systems der Sozialpolitik, so ist damit dem Arbeiterschutz ein sehr schlechter Dienst erwiesen. Die eigene Statistik macht ihr eine Rechnung auf, die Ziffer um Ziffer nachweist, wie schlecht dieses bisherige System ist. Hätte die Regierung erklärt: Von nun an soll es besser werden, wir wollen die Arbeitsdauer auf ein der Volksgesundheit zuträgliches Maß einschränken, wollen die Frauen im Interesse der Erhaltung unserer Volkskraft mehr schützen, wollen die Arbeiterschutzüberwachung derart vervollkommen, daß sie von den Unternehmern respektiert wird und den Arbeitern Vertrauen einflößt, wollen den Arbeitern Gelegenheit geben, an der Entwicklung des Arbeiterschutzes und der Arbeitergesetzgebung mitzuarbeiten — dann, ja dann könnte man auf eine fortschreitende Sozialpolitik hoffen, die auch ihre Früchte tragen würde. Davon sind unsere Reichslenker indes weit entfernt; sie beteuern in einigen wohlwogenden nichtssagenden Redensarten ihre Arbeiterfürsorge und das wütende Echo der Scharfmacher enthebt sie programmatisch der Verwirklichung ihrer guten Absichten. Unterdes steigen die Massenopfer und immer gewaltiger reißt der Moloch der Ausbeutung seine Kräfte.

Die Unfruchtbarkeit der herrschenden Sozialpolitik muß der Arbeiterklasse eine ernste Mahnung sein, mehr als bisher Einfluß auf die Gesetzgebung und auf die Mitverwaltung der Arbeiterverwaltung zu gewinnen. So sehr die Gesetzgebung gerade das letztere erschwert hat, so kann eine zielbewußte Arbeit doch noch bedeutende Erfolge auf diesem Boden erringen. Aber auch auf die Gestaltung der Arbeitsbedingungen selbst müssen die Gewerkschaften mehr als bisher im Sinne des Arbeiterschutzes einwirken. Es genügt nicht, nur die Löhne und die Arbeitszeit zu regeln, wie das seither meist geschehen ist, es muß auch versucht werden, durch vertragliche Bestimmungen und Betriebsvertretungen das Maß der Gefahren, die die Arbeiter bedrohen, unmittelbar herabzumindern und die Voraussetzungen und Einrichtungen, die solches gewährleisten, müssen sorgfältig überwacht werden. Sollte dadurch die Spannung zwischen Unternehmern und Arbeitern verschärft werden und sich in Kämpfen entladen, die ein rechtzeitiges nachdrückliches Eingreifen der Gewerbeinspektion zugunsten des Arbeiterschutzes hätte vermeiden können, so fällt die Verantwortung dafür auf die Regierung

für Sozialpolitik, die erst dann zu ernstem Eingreifen gedrängt werden wird, wenn sich die Arbeiter selbst gegen das System der Massenopfer empören.

*

In der Organisation der Unfallversicherung sind Änderungen nicht eingetreten. Die 66 gewerblichen und 48 landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften zählten am Jahreschluß 1905: 1142 Mitglieder der Genossenschaftsvorstände, 5897 Mitglieder der Sektionsvorstände, 27 320 Vertrauensleute, 3749 Verwaltungsbeamte und 285 technische Aufsichtsbeamte. Die Gesamtzahl der versicherten Personen betrug 20 245 512, wovon 8 195 732 auf die gewerblichen und 11 189 071 auf die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften entfielen. Die letztere Ziffer entspricht nicht der wirklichen Zahl, da die Organisation der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften so rückständig ist, daß sie nicht einmal die Zahl ihrer Versicherten feststellen können. Bei den Staats- und Kommunalbehörden waren 857 709 Personen versichert.

Von den 609 160 gemeldeten Unfällen entfielen 414 445 auf die gewerblichen und 144 939 auf die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften; bei den ersteren kommen auf je 1000 Versicherte 50,57 Unfälle (gegen 50,02 im Vorjahr), bei letzteren 12,95 (1904: 13,07). Der Rückgang der Unfallfrequenz in der Landwirtschaft kam nicht zu dem Schlusse verleiten, daß die Unfallgefahr dort geringer geworden sei, solange nicht die wirkliche Zahl der Versicherten bekannt ist.

Von den 141 121 erstmalig entschädigten Unfällen entfielen 68 360 auf die gewerblichen und 66 335 auf die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften. Einschließlich der aus früheren Jahren überkommenen Entschädigungen wurden 1905 449 735 Unfälle in der gewerblichen und 387 412 Unfälle in der landwirtschaftlichen Unfallversicherung entschädigt.

In den gewerblichen Berufsgenossenschaften hatten 5154 Verletzungen den Tod, 572 dauernd völlige und 29 423 dauernd teilweise Erwerbsunfähigkeit zur Folge, während 33 211 Unfälle zu vorübergehender Erwerbsbeschränkung führten. Die Zahl der dauernd völlig Erwerbsunfähigen ist in auffälligem Gegensatz zur allgemeinen Steigerung der Unfallfrequenz von Jahr zu Jahr vermindert worden und ist jetzt beinahe auf dem Tiefstand innerhalb einer 20 jährigen Periode angelangt. Das wäre gewiß ein erfreuliches Ergebnis, wenn es bewiese, daß es der Wissenschaft und ärztlichen Kunst gelungen sei, die schwersten Unfallfolgen zu vermindern. So beweist es indes nur, daß jetzt weniger, als früher, an Schwerverletzte die Vollrente gezahlt wird, und daß Anträge nach dieser Richtung häufiger als früher abgewiesen werden. Solange die Unfallversicherung lediglich von den Unternehmern verwaltet wird und solange die Berufsgenossenschaftsärzte von Unternehmern abhängig sind, wird sich das auch nicht ändern.

In unseren Tabellen I und II stellen wir diese Ergebnisse der Unfallversicherung vom Berichtsjahre im Vergleich mit denen früherer Jahre seit Bestehen der Unfallversicherung. Aus diesen Darstellungen läßt sich die andauernde Steigerung der Unfallhäufigkeit, wie auch die Verteilung der Unfallfolgen deutlich erkennen.

Diese allgemeinen Ziffern gestatten indes nur einen sehr oberflächlichen Einblick in die Unfallgefahr. Tiefer dringt unser Blick in diese Verhältnisse ein, wenn wir die Unfallfrequenz in den ein-

Tabelle I.

Jahr	Unfälle allgemein			Gewerbl. Berufsgenossenschaften			Landw. Berufsgenossenschaften		
	Verficherten	gemeldeten Unfälle	Unfälle auf je 1000 Verficherte	Verficherten	gemeldeten Unfälle	Unfälle auf je 1000 Verficherte	Verficherten	gemeldeten Unfälle	Unfälle auf je 1000 Verficherte
1886	8 725 313	100 159	27,6	3 473 435	92 319	27,4	—	—	—
1887	4 121 537	115 579	28,0	3 861 560	106 001	27,5	—	—	—
1888	10 343 678	138 059	13,3	4 320 663	121 164	28,0	5 576 765	5 102	0,9
1889	18 374 566	174 874	13,0	4 742 548	139 549	29,4	5 088 698	19 542	2,4
1890	18 619 750	200 001	14,7	4 926 672	149 188	30,3	5 088 698	32 186	4,0
1891	18 015 286	224 337	12,5	5 093 412	162 674	31,9	12 289 415	42 296	3,4
1892	18 014 280	236 265	13,1	5 078 132	165 003	32,5	12 289 415	50 136	4,1
1893	18 118 850	264 130	14,57	5 168 973	182 120	35,2	12 289 415	59 006	4,8
1894	18 191 747	282 982	15,55	5 243 965	190 744	36,37	12 289 415	68 751	5,59
1895	18 389 468	310 139	16,87	5 409 218	205 019	37,90	12 289 415	80 598	6,56
1896	17 605 190	351 789	19,98	5 734 680	233 319	40,69	11 189 071	91 099	8,14
1897	17 947 447	382 117	21,29	6 042 018	252 382	41,77	11 189 071	98 363	8,79
1898	18 246 013	407 522	22,19	6 316 834	270 907	42,89	11 189 071	103 159	9,22
1899	18 604 124	443 313	23,82	6 658 571	298 918	44,89	11 189 071	107 861	9,64
1900	18 892 891	454 341	24,05	6 928 894	310 105	44,76	11 189 071	106 917	9,56
1901	18 866 712	476 260	25,24	6 884 076	319 576	46,42	11 189 071	116 185	10,38
1902	19 082 758	488 707	25,61	7 100 537	326 566	45,99	11 189 071	122 532	10,95
1903	19 465 422	530 507	27,25	7 466 484	356 202	47,70	11 189 071	133 085	11,89
1904	19 876 055	583 965	29,38	7 849 120	392 658	50,02	11 189 071	146 306	13,07
1905	20 242 512	609 160	30,09	8 195 732	414 445	50,57	11 189 071	144 939	12,95
Ga.	—	6 773 906	—	—	4 688 859	—	—	2 828 163	—

Tabelle II.

Jahr	Alle Berufsgenossenschaften und Ausführungsbehörden					Nur gewerbliche Berufsgenossenschaften					Auf je 1000 Verficherte kamen erstmalig entschäd. Unfälle						
	Erstmalig entschädigte Unfälle					Erstmalig entschädigte Unfälle					in allen Berufs-genossenschaften	in gewerbli. Berufs-genossensch.	isbittliche Unfälle		nur in gewerbli. Berufs-genossenschaften		Unfälle m. dauernder Erwerbs-unfähigkeit.
	Absolut	Tod	dauernde Erwerbsunfähigkeit	vorübergehende Erwerbsunfähigkeit.		Absolut	Tod	dauernde Erwerbsunfähigkeit	vorübergehende Erwerbsunfähigkeit.	böilige			teilweise	böilige	teilweise		
1886	10 540	2 716	1 778	3 961	2 085	9 723	2 422	1 548	3 780	1 973	2,83	2,80	0,70	0,44	1,09	0,57	
1887	17 102	3 270	3 166	8 462	2 204	15 970	2 956	2 827	8 126	2 061	4,15	4,14	0,77	0,73	2,11	0,53	
1888	21 057	3 645	2 202	11 023	4 186	18 809	2 943	1 886	10 270	3 710	2,04	4,35	0,68	0,43	2,38	0,86	
1889	31 019	5 185	2 882	16 337	6 615	22 340	3 382	2 331	12 788	3 839	2,32	4,71	0,71	0,49	2,70	0,81	
1890	41 420	5 958	2 681	22 615	10 166	26 403	3 596	1 869	16 109	4 828	3,04	5,36	0,73	0,38	3,27	0,98	
1891	50 507	6 346	2 561	27 788	13 812	28 289	3 634	1 570	17 481	5 604	2,80	5,55	0,71	0,32	3,42	1,10	
1892	54 827	5 811	2 640	30 569	15 807	23 619	3 282	1 507	18 049	5 781	3,04	5,64	0,65	0,30	3,55	1,14	
1893	61 874	6 245	2 487	36 236	16 906	31 171	3 589	1 377	19 740	6 465	3,41	6,03	0,69	0,27	3,82	1,25	
1894	68 677	6 250	1 752	38 952	21 723	32 797	3 438	855	20 025	8 479	3,78	6,25	0,65	0,16	3,82	1,82	
1895	74 467	6 335	1 668	40 527	25 937	33 728	3 644	780	19 812	9 992	4,05	6,24	0,67	0,15	3,57	1,85	
1896	85 272	6 989	1 524	44 373	32 336	38 538	4 040	595	20 251	13 652	4,84	6,72	0,71	0,10	3,53	2,33	
1897	91 171	7 287	1 452	46 489	35 943	41 746	4 252	625	21 247	15 622	5,08	6,91	0,70	0,10	3,52	2,59	
1898	96 774	7 848	1 109	47 764	40 053	44 881	4 613	538	22 348	16 382	5,30	7,10	0,73	0,08	3,54	2,75	
1899	104 811	7 999	1 297	51 240	44 275	49 175	4 772	581	23 837	19 985	5,63	7,39	0,72	0,09	3,58	3,00	
1900	106 447	8 449	1 366	51 111	45 521	51 697	5 108	592	24 790	21 207	5,62	7,46	0,74	0,08	3,58	3,06	
1901	116 089	8 359	1 416	54 340	51 974	55 525	4 979	595	26 158	23 793	6,15	8,07	0,72	0,09	3,80	3,45	
1902	119 901	7 842	1 396	55 264	55 399	57 244	4 572	605	26 860	25 387	6,28	8,06	0,64	0,09	3,76	3,58	
1903	127 947	8 236	1 517	58 129	60 065	60 550	4 720	621	27 427	27 782	6,57	8,11	0,63	0,08	3,67	3,72	
1904	136 126	8 552	1 578	62 503	63 533	65 205	4 976	603	28 863	30 758	6,89	8,31	0,63	0,07	3,67	3,91	
1905	139 787	8 757	1 476	63 530	66 024	68 360	5 154	572	29 423	33 211	6,90	8,31	0,62	0,07	3,59	4,05	
Ga.	1 555 860	132 079	37 949	771 273	614 614	780 770	80 073	22 477	275 889	281 511	—	—	—	—	—	—	

zischen den verschiedenen Industrien, die die eigent-lichen gefährlichen Berufe erst recht hervortreten lassen.

Tabelle III.

Laufende Nummer	Industriegruppe	Zahl der Versicherten 1905	Zahl der gemeldeten Unfälle		Von den entschädigten Unfällen hatten zur Folge				Auf je 1000 Versicherte entfielen		entschäd. Unfälle mit Erwerbsunfähigkeit			
			1905	ermittelt 1905	Tod	dauernde Erwerbsunfähigkeit		vorübergeh. Erwerbsunf.	gemeldete Unfälle	ermittelt entschäd. Unfälle	dauernder			
			ermittelt 1905	erschädigten Unfälle 1905		böllige	teilweise				Tod	böllige	teilweise	vorübergehende
1	Bergbau	647458	81878	10054	1248	65	3584	5157	126,46	15,53	1,93	0,10	5,54	7,96
2	Steinbrüche	427122	10186	2436	241	25	824	1346	23,84	5,70	0,56	0,06	1,93	3,15
3	Glas, Töpferei, Ziegelei	456535	10560	2485	204	11	637	1633	23,13	5,44	0,45	0,02	1,39	3,58
4	Eisen, Stahl	1231501	105259	13130	636	171	7006	5317	85,46	10,66	0,51	0,14	5,69	4,32
5	Metall, Mechanische Musikinstrumente	428736	15604	2707	58	37	1981	631	36,39	6,31	0,13	0,09	4,62	1,47
6	Chemie	192381	10909	1619	134	17	1008	460	57,21	8,42	0,70	0,09	5,24	2,39
7	Gas- u. Wasserwerke	60092	3984	387	40	5	130	212	66,28	6,44	0,67	0,08	2,16	3,53
8	Textilindustrie	856515	11833	2576	110	20	1491	955	13,81	3,01	0,13	0,02	1,74	1,12
9	Papier, Buchdruck	348679	8783	1664	78	7	753	826	24,89	4,77	0,22	0,02	2,16	2,37
10	Leber, Bekleidung	316499	4515	1058	22	4	789	243	14,29	3,34	0,07	0,01	2,49	0,77
11	Holz	407485	19166	4828	151	3	2166	2508	46,76	11,86	0,37	0,01	5,32	6,16
12	Nahrungsmittel, Fleisch, Tabak	366513	7692	1863	56	4	543	1260	20,98	5,08	0,15	0,01	1,48	3,44
13	Mühlen, Zucker, Brauerei, Brennerei	315903	20087	3527	293	37	1579	1618	63,58	11,16	0,93	0,11	5,00	5,12
14	Baugewerbe	1562888	64558	12691	1078	114	4672	6827	41,30	8,12	0,69	0,07	2,99	4,37
15	Privatbahnen	81755	6101	607	63	12	333	199	74,62	7,42	0,77	0,15	4,07	2,43
16	Expedition, Lagerei, Fuhrwesen	361617	24778	5540	474	33	1614	3419	68,52	15,32	1,31	0,09	4,46	9,46
17	Binnenschifffahrt	63417	3378	765	158	4	185	418	53,28	12,06	2,49	0,06	2,92	6,59
18	Seeschifffahrt	71036	3481	423	110	3	128	182	49,02	5,95	1,55	0,04	1,80	2,56
19	Marine, Heeresverwaltung	57353	1910	242	20	14	100	108	33,33	4,22	0,35	0,25	1,74	1,88
20	Öffentl. Baubetriebe	131854	1421	557	43	26	267	221	10,78	4,22	0,33	0,20	2,02	1,67
21	Staatseisenbahnen, Post	423998	36170	3382	547	238	1410	1187	85,30	7,98	1,29	0,56	3,33	2,80
22	Staatliche Schifffahrt, Baggerei usw.	6125	652	89	6	2	36	45	106,54	14,53	0,98	0,32	5,88	7,35

So schwankt die Unfallhäufigkeit in den verschiedenen Industrien zwischen 10,78 und 126,46 gemeldeten Unfällen pro 1000 Versicherte, erstere in den öffentlichen Baubetrieben, letztere im Bergbau. Im privaten Baugewerbe ist die Unfallziffer beinahe viermal so hoch, als in den staatlichen Baubetrieben, in der Binnenschifffahrt ist sie um etwa $\frac{1}{3}$ höher als in der Seeschifffahrt. Die hohen Verhältnisziiffern in der staatlichen Schifffahrt sollen wegen der geringen Zahl der darin beschäftigten Personen und der abnormen Verhältnisse, unter denen sie arbeiten (Rettungswesen), außer Betracht bleiben.

Ein Vergleich der Verhältnisziiffern der entschädigten Unfälle lehrt uns zugleich, daß die Unfallhäufigkeit mit der Unfallhäufigkeit Hand in Hand geht. Auch hier stehen die Gruppen Bergbau, Fuhrwesen, staatliche Schifffahrt, Binnenschifffahrt, sowie die Nahrungsmittel- und die Holzindustrie obenan; in der Binnenschifffahrt ist das Verhältnis der tödlichen Unfälle viermal so groß, als im Gesamtdurchschnitt aller gewerblichen Berufsgenossenschaften. In allen Industriegruppen zeigt sich aber das einheitliche Streben, die Zahl der dauernd Erwerbsunfähigen herabzudrücken.

Noch interessanter gestaltet sich das Bild, wenn wir die Ergebnisse der Unfallhäufigkeit bei den einzelnen Berufsgenossenschaften miteinander ver-

gleichen. Unsere Tabelle IV stellt diese Ergebnisse in übersichtlicher Weise zusammen, sie zeigt die Zu- und Abnahme der Zahl der Versicherten und der gemeldeten, sowie der entschädigten Unfälle seit dem Vorjahre, sowohl im ganzen, als auch pro 1000 Versicherte berechnet, und die auf die einzelnen Berufsgenossenschaften entfallenden Unfälle nach ihren Folgen gruppiert. Da ergibt sich denn, daß die Knappschafts-V.-G. und die Brauerei- und Mälzerei-V.-G. miteinander erfolgreich wetteifern, wer die höchste Unfallfrequenz pro 1000 Versicherte erreicht, wobei die Knappschafts-V.-G. seit 1904 nur von 124,83 auf 126,45 pro Tausende, die Brauerei-V.-G. dagegen von 121,21 auf 129,31 pro Tausende stieg. Beide werden indes furchtbar überholt von der Rheinisch-Westfälischen Hütten- und Walzwerk-V.-G., die mit 198 pro Tausende den Rekord der Menschenverwüstung erreicht und sich höchstens noch von Jahr zu Jahr selbst überbieten kann. Auch die Südwestdeutsche Eisen- und Stahl-V.-G., die die Lothringische Großeisenindustrie umfaßt, stellt ein furchtbares Heer von Verletzten. In diesen Industriezweigen verunglückt alljährlich jeder fünfte bis zehnte Arbeiter. Diesen gefährlichen Berufen geben die nordöstliche, nordwestliche sowie Schlesische Eisen- und Stahl-V.-G., sowie die Fuhrwerks-V.-G., Privatbahn-V.-G. und die Elbschifffahrts-V.-G. wenig nach.

In allen Jahren mit Ausnahme von 1902 verliefen mehr Arbeitskämpfe vollständig zugunsten der Arbeitsanwender als vollständig zugunsten der Arbeiter; zu einem vollkommenen oder teilweisen Erfolg der Arbeiter führte jedoch die überwiegende Mehrheit der Ausstände. Fehlinger.

Arbeiterbewegung.

Aus den deutschen Gewerkschaften.

Die „Vergarbeiterzeitung“ stellt in ihrer Nummer 11 zahlenmäßig fest, daß die riesenhafte Reklame der „nationalen“ christlichen Presse und Agitatoren bezüglich der hervorragenden Leistungsfähigkeit des christlichen Gewerksvereins der Vergleute nichts ist als Schwindel. Im Jahre 1906 hatte der Vergarbeiterverband eine Einnahme aus reinen Beiträgen der Mitglieder von 1 587 836 Mk., der christliche Gewerksverein dagegen eine solche von nur 741 444 Mk. Der Vermögensbestand beider Organisationen hat sich folgendermaßen entwickelt:

	Ende 1904 Mk.	Ende 1906 Mk.	Zunahme Mk.
des Gewerksvereins	271 101	508 354	237 253
des Vergarbeiterverbandes	734 901	1 252 645	517 744

Noch besser wird der bedeutende Vorsprung unseres Vergarbeiterverbandes durch die Zahlen über die Leistungen beider Organisationen während der letzten Geschäftsperiode veranschaulicht.

In der Geschäftsperiode 1905/1906 gaben aus:

	der Vergarbeiter- verband Mk.	der Gewerks- verein Mk.
für Arbeitslosenunterstützung	10 521	1 960
„ Streikunterstützung (aus eigener Kasse)	711 503	232 307
„ Gemäßregeltenunterstützung	42 250	22 262
„ Rechtsschutz	116 587	88 827
„ Krankenunterstützung	333 147	211 754
an Sterbegelder	123 340	109 130
Zusammen	1 337 348	666 240

Die Leistungen unseres Vergarbeiterverbandes an seine Mitglieder übersteigen die des christlichen Gewerksvereins um nicht weniger als 671 108 Mk. in der zweijährigen Geschäftsperiode. In dem gottgefälligen Schwindelblatt, das in Berlin unter dem Titel „Das Reich“ erscheint, wurde aber „mitgeteilt“, der Vergarbeiterverband pfeife bereits aus dem letzten Loch! Und die christlichen Vergarbeiterführer lassen diese Weise weiter. Die Zahlen in den Abrechnungen, an denen nicht zu rütteln ist, reden in dessen eine andere Sprache, wie oben zu sehen ist. Und einzig auf diese Zahlen kommt es an.

Im Brauereiarbeiterverband wurde per Urabstimmung als Nachfolger des verstorbenen Genossen Bauer der Genosse Martin Gzel-Hamburg zum Verbandsvorsitzenden gewählt.

Der Vorstand des Buchbinderverbandes hat einem Auftrage des letzten Verbandstages entsprechend eine Vorlage betreffend die Einführung der Invalidenunterstützung ausgearbeitet. Die Vorlage sieht eine Unterstützung dauernd arbeitsunfähiger Verbandsmitglieder vor. Die Unterstützung soll pro Monat 25 Mk. betragen. Die Berechtigung zum Bezug der Invalidenunterstützung kann eintreten bei Mitgliedern, die dem Verbandsverbande bis zum vollendeten 20. Lebensjahre nach einer mindestens 5 jährigen Mitgliedschaft

und einer Beitragsleistung von 260 Wochen; für solche Mitglieder, die nach dem 20. bis zum vollendeten 30. Lebensjahre beitreten, nach einer mindestens 7½ jährigen Mitgliedschaft und Beitragsleistung von 390 Wochen; für solche, die nach dem 30. bis zum vollendeten 40. Lebensjahre beitreten, nach einer mindestens 10 jährigen Mitgliedschaft und Beitragsleistung von 520 Wochen; für solche, die nach dem 40. bis zum vollendeten 50. Lebensjahre beitreten, nach einer mindestens 12½ jährigen Mitgliedschaft und Beitragsleistung von 650 Wochen und für solche, die nach dem vollendeten 50. Lebensjahre dem Verband beitreten, nach einer 15 jährigen Mitgliedschaft und Beitragsleistung von 780 Wochen. Die Einführung dieser Unterstützung wird eine Beitragserhöhung von 15 Pf. pro männliches Mitglied erfordern. Die prinzipielle Entscheidung über die Frage soll eine Urabstimmung der Mitglieder treffen, die bis zum 27. April beendet sein muß. Wird die Einführung dieses Unterstützungszweiges durch die Mitglieder beschlossen, so hat der im Juni zusammentretende Verbandstag über die endgültige Regelung der Frage zu entscheiden.

Der Kampf des Centralverbandes der Handlungsgehülfen gegen die Konkurrenzklausei in den Arbeitsverträgen der Handelsangestellten, von dem wir kürzlich berichteten, hat bereits einen guten Erfolg davongetragen. Das Warenhaus A. Wertheim-Berlin hat einige von ihm beim Berliner Kaufmannsgericht wegen Verletzung der Konkurrenzklausei anhängig gemachte Klagen zurückgezogen. Die Firma A. Jandorf u. Co. berichtet an das Fachblatt „Der Confectionair“, daß sie die völlige Abschaffung der momentan geltenden Konkurrenzklausei ernstlich erwogen habe mit dem Resultat, daß sie voraussichtlich in allernächster Zeit abgeschafft werden, weil man sie für eine überflüssige Härte hält. Und der Inhaber des Warenhauses Hermann Tieß, Oskar Tieß, erklärte demselben Blatt, daß bei ihm keine Konkurrenzklausei bestehen. Er habe vor längerer Zeit solche eingeführt, sie aber schon nach acht Tagen wieder abgeschafft, weil er sich selbst nicht habe verantworten können.

Die Arbeitslosigkeit im Holzarbeiterverbande im Monat Februar wird durch folgende vom Verbandsvorstande veröffentlichten Zahlen veranschaulicht. Berichtet hatten 719 Filialen mit einem Mitgliederbestand von 152 157. Arbeitslos waren insgesamt 9395 Mitglieder. Arbeitslosenunterstützung erhielten 5735 Mitglieder für 63 453 Tage mit 105 880 Mk. An Reiseunterstützung wurden 7082 Mk. ausgezahlt an 4670 Mitglieder für 7557 Tage. Nicht berichtet hatten 46 Filialen. Nach dieser Zahl ist an der Konjunktur in der Holzindustrie gegenüber dem Vorjahre noch nichts geändert; jedenfalls ist keine Verschlechterung eingetreten, was für die jetzt tobenden Kämpfe nicht ohne Bedeutung sein wird.

Eine Konferenz der organisierten Lagerhalter der Provinz Brandenburg tagte nach dem Bericht des Verbandsorganes am 17. Februar in Berlin. Die Konferenz beschäftigte sich mit der Verschmelzung mit dem Handlungsgehülfenverbande, die vom Referenten, Genossen Wikke, befürwortet wurde. Einen entgegengesetzten Standpunkt nahm der Verbandsvorsitzende Reinsdorf als Korreferent ein, und die Konferenz entschied im Sinne seiner Ausführungen, indem sie eine Resolution ablehnte, die verlangte, daß die Verschmelzungsfrage auf die

Fast alle diese weisen auch gegenüber dem Vorjahre bedeutende Steigerungen der Unfallfrequenz auf, die größte die Fuhrwerks-V.-G., die 1904: 61,58 pro Mille, 1905 dagegen 80,41 pro Mille gemeldete Unfälle angab. Sollte diese Steigerung mit der Zunahme des Kraftwagenverkehrs im Zusammenhange stehen?

Ein Vergleich der Unfallhäufigkeit der verschiedenen Berufsgruppen der gleichen Industriegruppe läßt wiederum, wie in früheren Jahren, bedeutende Unterschiede erkennen; so schwankt die Unfallhäufigkeit in der Eisen- und Stahlindustrie zwischen 59,76 und 198 pro Mille, in der Textilindustrie zwischen 7,01 bis 19,44 pro Mille, in der Holzindustrie zwischen 37,24 bis 50,87 pro Mille, im Baugewerbe zwischen 28,17 bis 51,87 pro Mille und in der Binnenschifffahrt zwischen 39,85 bis 77,23 pro Mille (d. h. pro 1000 Versicherte). Das sind ganz enorme Abweichungen, die in den lokalen Verschiedenheiten allein ihre ausreichende Erklärung nicht finden, sondern einer eingehenden Prüfung der Betriebsverhältnisse bedürfen. Wenn allerdings in ein und derselben Berufsgruppe die Unfallhäufigkeit in einem Jahre von 61 auf 80 pro Mille steigen kann, so sind das Erscheinungen, hinter deren Tragweite die lokalen Verschiedenheiten völlig zurücktreten.

Die letzte Rubrik der Tabelle IV läßt den Leser über das Verhältnis zwischen gemeldeten und entschädigten Unfällen auf. Diese Ziffern zerstören die Legende, daß die Berufsgruppen, d. h. also die Unternehmer, in hohem Maße für die Entschädigung von Unfällen herangezogen werden, die in der Betriebsgefahr allein nicht begründet sind. Der weitaus größte Teil der gemeldeten Unfälle fällt den Berufsgruppen überhaupt nicht zur Last, sondern lediglich den Krankenkassen. Von je 100 gemeldeten Unfällen wurden im Berichtsjahre nur 16,4 Proz. von den gewerblichen Berufsgruppen entschädigt. In den landwirtschaftlichen Berufsgruppen ist das Verhältnis ein anderes (45,7 Proz.); hier muß indes daran gezweifelt werden, daß auch nur annähernd die wahre Zahl der eingetretenen Unfälle zur Meldung gelangt. Aus alledem ergibt sich, daß der Anspruch des Unternehmers auf die alleinige Selbstverwaltung der Unfallversicherung in den tatsächlichen Verhältnissen keineswegs begründet ist. Eine organische Reform der Unfallversicherung in engstem Zusammenhang mit der gesamten Arbeiterversicherung erweist sich als eine von Jahr zu Jahr immer dringendere Notwendigkeit.

Statistik und Volkswirtschaft.

Arbeitskämpfe in Kanada.

Im Jahre 1906 brachen in Kanada 137 Arbeitskämpfe mit 21 607 direkt und 4408 indirekt Beteiligten aus. Der Zahl der Streiks nach war die Ausstandsbewegung in den Frühjahrsmonaten am umfangreichsten; doch wiesen August und September die höchste Zahl der Beteiligten auf. Die wenigsten Arbeitskämpfe fielen in die Monate Dezember (zwei) und Oktober (drei). Die kleinen Konflikte, die hundert oder weniger Arbeiter betrafen, machten zwei Drittel der Gesamtzahl aus. Große Streiks waren verhältnismäßig selten, was in den vorher-

gegangenen Jahren ebenfalls zutrif. Hierüber gibt die folgende Tabelle Auskunft:

Umfang der Arbeitskämpfe nach der Zahl der Beteiligten	1901	1902	1903	1904	1905	1906
2000 und mehr Arbeiter	3	—	5	2	—	1
1000—2000	3	2	5	3	4	4
500—1000	5	1	10	2	5	6
300—500	5	8	9	9	4	6
200—300	4	7	18	2	4	15
100—200	4	15	23	10	15	13
50—100	14	21	19	15	17	29
25—50	24	28	34	23	17	32
6—25	31	37	36	35	21	30
Unbekannt	11	4	1	2	—	1
Uebershaupt	104	123	160	103	87	137

In den Baugewerben und in der Metallindustrie kamen die meisten Arbeitskämpfe vor (29 und 21), in der Landwirtschaft die wenigsten (2); auf die Transportgewerbe entfielen 14, auf den Bergbau 13, auf die unqualifizierte Arbeit 12, auf jedes andere Gewerbe weniger als je 10. Auch in den Jahren 1904 und 1905 war in den Baugewerben und in der Metallindustrie die relativ größte Zahl von Arbeitskämpfen zu verzeichnen gewesen, im Jahre 1903 nahmen die Baugewerbe die erste und die Transportgewerbe die zweite Stelle ein, wogegen 1901 und 1902 die meisten Kämpfe in der Metallindustrie vorkamen. Auf mehr als eine Provinz dehnte sich 1906 gar kein Arbeitskampf aus; 61 ereigneten sich in Ontario, wo die Industrie am weitesten entwickelt ist; 24 in Quebec, 13 in Alberta, 12 in Britisch Kolumbien usw. Nach den hauptsächlichsten Forderungen ergab sich, daß etwa zwei Fünftel aller im Jahre 1906 ausgebrochenen Arbeitskämpfe (55) wegen Lohnerhöhungen geführt wurden; Lohnkürzungen waren bloß in drei Fällen abzuwehren. Die Beschäftigung gewisser Personen gab Anlaß zu 13 Arbeitseinstellungen, das Verlangen nach Verkürzung der Arbeitszeit zu 7; Lohnerhöhung bei gleichzeitiger Verkürzung der Arbeitszeit wurde ebenfalls in 7 Fällen gefordert. Die Verweigerung der Anerkennung der Gewerkschaft seitens der Betriebsinhaber führte zu 5 Streiks; in 44 Fällen bestanden andere Ursachen. Das Ergebnis ist bei einer relativ großen Zahl von Arbeitskämpfen des Jahres 1906 vorläufig noch unbekannt; für die Zeit seit 1901 ergibt sich die nachstehende Uebersicht, welche auf alle in den betreffenden Jahren beendeten Ausstände Bezug hat:

Ergebnis	1901	1902	1903	1904	1905	1906
Vollständig zugunsten der Arbeiter	39	46	45	24	24	41
Vollständig zugunsten der Arbeitssanwender	40	35	46	34	37	45
Durch Kompromiß beigelegt	22	33	46	34	15	29
Keine Aenderung*)	—	—	—	—	1	3
Unbestimmt	—	4	10	9	10	22
Zusammen	101	118	147	101	87	140

*) Streiks, die nicht gegen die Arbeitssanwender gerichtet waren.

Tagesordnung des nächsten Verbandstages gesetzt wird.

Die Ausführungen des Genossen Reinsdorf nötigen uns zu einigen Bemerkungen. Er erklärte, die Interessen der Lagerhalter können in ihrem „Verbande besser gewahrt werden und sind auch besser gewahrt worden als im Handlungsgehilfenverband“. Das ginge schon daraus hervor, „daß von den wenigen im Handlungsgehilfenverband organisierten Lagerhaltern bei Streitigkeiten sich verschiedene an uns (den Lagerhalterverband) wendeten“. Ferner aber bewiesen die vor 12 Jahren aufgenommenen Statistiken, mit denen von heute verglichen, daß der Lagerhalterverband für seine Mitglieder Großes erreicht habe. Durch den Lagerhalterverband sei erst die Öffentlichkeit mit den Mißständen vertraut worden, die früher in den Konsumvereinen bestanden und durch seine Tätigkeit seien die größten jetzt beseitigt. Die Ausführungen Reinsdorfs klangen in dem Sinne aus, daß, „wer die Vorteile, die unser Verband seinen Mitgliedern bis jetzt gebracht hat, eingesehen hat, wird für eine Verschmelzung mit dem Handlungsgehilfenverband jetzt ebensowenig zu haben sein, wie die Handlungsgehilfen für eine Verschmelzung mit dem Handels- und Transportarbeiterverband, die der Referent in Erwägung zog“. Die letztere Erwägung ist zurzeit hinfällig, weil in unseren Gewerkschaften an eine solche Verschmelzung kein Mensch denkt, die Frage also gar nicht zur Diskussion steht. Aber deswegen die Frage der Verschmelzung des Lagerhalterverbandes mit dem Verbande der Handlungsgehilfen abzulehnen, das geht doch entschieden zu weit. Die Lagerhalter sind ihrer ganzen Tätigkeit nach Handlungsgehilfen, genau so wie jeder Kommiss der Kolonialwarenbranche, der selbständig eine Filiale leitet, ein Handlungsgehilfe ist. Und ebenso wie es eine Vergeudung der Kräfte bedeuten würde, wollte man für diese Filialleiter eine Separatorganisation zulassen, ebenso bedeutet es eine Vergeudung der Kräfte, wollten die Lagerhalter auf die Dauer ihre separate Organisation aufrechterhalten. Das, was Reinsdorf von den Errungenschaften des Lagerhalterverbandes sagt, ist eigentlich eine vorzügliche Begründung der Verschmelzung mit dem Handlungsgehilfenverbande. Denn es ist wirklich nicht einzusehen, weshalb nicht der Handlungsgehilfenverband die in den Konsumvereinen vorhandenen Mißstände ebensogut an die Öffentlichkeit bringen und auf deren Abhilfe dringen könnte, wie es der Lagerhalterverband mit Erfolg getan hat, um so mehr als es sich doch um dieselben Personen handeln würde, die heute diese Tätigkeit als Mitglieder des Lagerhalterverbandes entfalten. Muß doch der Handlungsgehilfenverband heute schon für das übrige Verkaufspersonal der Konsumvereine eintreten. Wir haben in letzter Zeit in unseren Gewerkschaften viel schwierigere Schritte zur Durchführung der Einheitsorganisation, zur Konzentration der Kräfte unternommen sehen, als es die Verschmelzung zweier Organisationen von Handelsangestellten sein kann, die prinzipiell auf dem gleichen Boden kämpfen.

Seitens des Metallarbeiterverbandes sind soeben zwei Publikationen herausgegeben, die ein weitgehendes gewerkschaftliches Interesse beanspruchen. Die erste Broschüre enthält die vorzügliche Artikelserie, die die „Metallarbeiterzeitung“ im vorigen Jahre aus der Feder des Genossen Paul Kampffmeyer unter dem Titel „Streikzüge durch die Theorie und Praxis der Arbeiterbewegung“ veröffentlichte. Die jetzige Ausgabe in Broschürenform eignet sich besonders gut für den Massenvertrieb. Der Preis der 116 Seiten starken

Broschüre ist auf 60 Pf. festgesetzt. Bei Abnahme von 50 Exemplaren beträgt der Preis 55 Pf., bei 100 Exemplaren 50 Pf., bei 250 Exemplaren 47 Pf., bei 500 Exemplaren 42 Pf. und bei Abnahme von 1000 Exemplaren 40 Pf. pro Exemplar. Den Gewerkschaftsvorständen kann nur dringend empfohlen werden, die Verbreitung dieser Broschüre unter den Mitgliedern zu fördern, um so mehr als es die erste Arbeit dieser Art ist, die wirklich den tatsächlichen Bedürfnissen nach theoretischer Aufklärung in den Gewerkschaften entspricht.

Die zweite Publikation ist eine Denkschrift an Bundesrat und Reichstag: „Beiträge zur Kenntnis der Lage der Hüttenarbeiter Deutschlands“, benannt. Sie enthält zwei von Otto Hue in der „Metallarbeiterzeitung“ publizierten Abhandlungen über die Lage der Hüttenarbeiter in Oberschlesien und im „Reiche des Hofpredigers a. D. Stöcker“, sowie eine vom Vorstande des Metallarbeiterverbandes bearbeitete statistische Darstellung der Lage der deutschen Hüttenarbeiter.

Folgende Mitgliederzahlen vom 4. Quartal 1906 sind in der letzten Woche veröffentlicht worden: Schmiede 17 696; Tapezierer 8008; Zeichner 906 (am 15. Februar 1907).

Von den amerikanischen Gewerkschaften.

Eines der schwierigsten Probleme der Finanzgebarung der amerikanischen Gewerkschaften war und ist noch die Verhütung der Beitrags hinterziehung seitens der Ortsgruppen: das „tax dodging“. Bei dem Kopfsteuer-system, wie es bis jetzt in der Mehrheit der Organisationen besteht, und dem uneingeschränkten Verfügungsrecht der Ortsgruppen über ihr eigenes Vermögen, pflegen viele Ortsgruppen die Zahl ihrer Mitglieder zu gering anzugeben, um damit an Beiträgen für die Centralkasse zu sparen. Auf diese Weise entgehen den Verbandsleitungen namhafte Beträge, die rechtmäßig ihnen gehört hätten, statt dessen aber den Ortsgruppentassen zugute kommen.¹⁾ Eine solche Praxis ist leicht möglich in Verbänden, die keine centralisierte Unterstützung eingeführt haben (auch dann, wenn die Streikunterstützung centralisiert ist, wird sie noch geübt), die in der Regel von den Ortsgruppen keine Berichte über die Mitgliederbewegung und über die Einzahlungen der individuellen Mitglieder fordern. Wohl sind in den Statuten Strafen für „tax dodging“ vorgesehen, aber solche Vorschriften haben nicht viel Wirkung. Im Statut der Bergarbeiter (United Mine Workers) ist den Ortsgruppen, welche die Beiträge an die Centrale nicht ordnungsgemäß abliefern, die Ausschließung angedroht; bei den Kesselschmiedern²⁾, Fleischern usw., hat der Verbandsvorstand die Befugnis, solche Ortsgruppen nach seinem Ermessen zu strafen.

Besser ist es in jenen Gewerkschaften, welche die Angabe der Einzahlungen jedes individuellen Mitgliedes verlangen; sie pflegen durchwegs bereits centralisierte Unterstützungen, die jenen Mitgliedern selbstredend vorenthalten werden, für welche die Ortsgruppen zu wenig oder keine Beiträge abliefern. Sehr gut bewährt hat sich das Markenklebesystem, das die besser geleiteten Organisationen akzeptiert haben, um Fälschungen zu vermeiden, wird die Farbe der Quittungsmarken häufig und in unregelmäßigen Zeitabschnitten geändert. Die Gewerk-

¹⁾ Proceedings of the twentieth Session, Iron Molders' Union, S. 12.

²⁾ Boiler Makers' Journal, 1899, S. 275.

schaften, welche dieses System einführten, konnten unmittelbar darauf ein bedeutendes Steigen der Mitgliederzahl konstatieren, das beispielsweise bei der International Typographical Union innerhalb vier Monaten 4000 betrug⁹⁾, während sich die Mitgliederzahl des Rohrlegerverbandes in dem Jahre nach der Einführung des Markenklebbestems nahezu verdoppelte.¹⁰⁾ Verschiedene Centralverbände, wie die Eisenformer, Maler, Modellschreiner, mehrere Eisenbahnerbrüderschaften usw., registrieren die Eingahlungen aller Mitglieder in Kartenkatalogen, wobei ebenfalls die Hinterziehung von Beiträgen ausgeschlossen und die Bezugsberechtigung jedes Mitgliedes sofort festzustellen ist.

Einen Fortschritt in der Finanzverwaltung bildete die einheitliche Gestaltung der Buchführung in allen Ortsgruppen eines Verbandes. Bis vor wenigen Jahren herrschte in den meisten Verbänden die Gewohnheit, es ganz den Lokalfunktionären zu überlassen, wie sie ihre Bücher führen wollten. Daraus ergaben sich fortwährend Konflikte mit den Centralleitungen und es erwies sich notwendig, vorgedruckte Geschäftsbücher für alle Funktionäre einzuführen, die Instruktionen enthalten, um auch ganz Ungeübten die richtige Führung der Organisationsgeschäfte zu ermöglichen. Die Benutzung anderer Bücher, als jener, welche die Centralleitung ausgibt, ist verboten. Die Prüfung der Ortsgruppenrechnungen, die damit ungemein erleichtert wurde, findet gewöhnlich durch lokale Ueberwachungscomités statt; nur bei den Cigarrenarbeitern sind Organe der Centralleitung zur Ueberwachung der finanziellen Gebarung der Ortsgruppen bestellt, welche die Vollmacht haben, jeden Ortsgruppenfunktionär seines Postens zu entheben, sobald er sich eine unordentliche Geschäftsführung zuschulden kommen läßt. In der weitaus größten Mehrheit der Gewerkschaften hat hingegen die Centralleitung nicht die Macht, Ortsgruppenfunktionäre ohne Zustimmung der Ortsgruppe selbst abzusetzen.

Für den Verband der Vereinigten Bergarbeiter Amerikas hat das Jahr 1906 ungünstig abgeschlossen, was besonders auf den Verlust des Streiks in den Hartkohlenrevieren Pennsylvaniens zurückzuführen ist, da sich infolgedessen viele Mitglieder von der Organisation los sagten. Der Mitgliederstand betrug Ende des Jahres:

1899 . . .	91 000,	Zunahme	36 300
1900 . . .	189 329,	"	98 329
1901 . . .	232 289,	"	42 960
1902 . . .	198 090,	Abnahme	34 199
1903 . . .	287 545,	Zunahme	89 455
1904 . . .	262 645,	Abnahme	24 900
1905 . . .	291 217,	Zunahme	28 572
1906 . . .	264 266,	Abnahme	26 951

Die neuen Mitglieder, welche im Herbst 1905 in den Hartkohlenrevieren gewonnen wurden, weigerten sich, den Extrabeitrag von 50 Cents pro Woche, der nach dem Streik eingehoben werden sollte, zu zahlen. Es wird auch in der Zukunft sehr schwer sein, diese Leute dauernd in der Organisation zu halten. In den beiden Hartkohlebezirken 1 und 9 betrug der Mitgliederverlust im Jahre 1906 13 398 und 14 533. — Die Bergwerksunternehmung „Victor Fuel Co.“ im Staat Colorado hatte den Verband wegen Vorkommnissen bei den Streiks von 1903 und

1904 auf Schadenersatz im Betrage von nahezu 600 000 Dollars verklagt; es gelang den Rechtsvertretern der Organisation die Zurückziehung der Klage zu erwirken. — Die Gesamteinnahmen der Vereinigten Bergarbeiter stellten sich pro 1906, wie dem Berichte des Sekretärs Wilson zu entnehmen ist, auf 1 081 408 Dollars. Davon entfielen auf regelmäßige Mitgliederbeiträge 692 002 Dollars, auf Extrasteuern 362 182 Dollars, auf den Erlös aus dem Verkauf von Bureauaterial 10 470 Dollars, auf Einnahmen des „United Mine Workers' Journal“ 5002 Dollars, auf sonstige Einkünfte 11 752 Dollars. Die Ausgaben betragen 1 132 994 Dollars, wovon 813 946 Dollars für Streikunterstützung verwendet wurden. Die Gehälter der Funktionäre und die Organisationskosten beliefen sich auf 179 279 Dollars, die Anschaffung von Bureauaterial erforderte 16 436 Dollars, die Herausgabe des „United Mine Workers' Journal“ 6895 Dollars, die Ausgaben für sonstige Zwecke betragen 116 438 Dollars. — Für Streiks allein wurden seit 1900 die folgenden Summen ausgegeben: 1900 154 677 Dollars, 1901 202 926 Dollars, 1902 1890 202 Dollars, 1903 308 780 Dollars, 1904 1 067 300 Dollars, 1905 753 724 Dollars, 1906 813 946 Dollars. — Während des letzten Jahres hörten zu existieren auf oder traten aus dem Verbande aus 177 Ortsgruppen, dafür wurden 179 neue Ortsgruppen gegründet und 15 schon früher bestandene Ortsgruppen reorganisiert.

Verbände der Bauarbeitergewerkschaften. Die amerikanischen Bauarbeitergewerkschaften sind ausgesprochene Kampforganisationen, die in der Regel wenig Wert auf die Gewährung von Unterstützung in Krankheits- oder anderen Notfällen legen und sich nahezu ganz auf die Durchführung von Lohnbewegungen beschränken. Um hierbei ein einmütiges Vorgehen der verschiedenen Berufsvereinigungen zu erzielen und um gegenseitige Streitigkeiten zu vermeiden oder zu schlichten, wurden zwei Verbände von Gewerkschaften ins Leben gerufen, deren organisatorische und taktische Eigenart hier besprochen werden soll. Der ältere dieser Verbände, der „Internationale Baugewerberat“ (International Building Trades Council) besteht seit 1897; ihm sind nach dem letzten vorliegenden Ausweise neun Centralverbände, fünf Lokalvereine und 28 örtliche Baugewerberäte angeschlossen. Die neun Centralverbände sind: Die internationale Union der Steinmauer, der Klempnerverband, zwei Verbände der Dachdecker, die Verbände der Cementarbeiter, der Dampf- und Heizwasserinstallateure und der Elektrizitätsarbeiter, der Verein der Heizungs- und Kühlanlagenarbeiter und die internationale Hilfsarbeiter-Union. — Der zweite Verband, welcher den Namen „Allianz der Baukonstruktionsgewerbe“ (Structural Building Trades Alliance) führt, wurde im Jahre 1903 gegründet; ihm gehören derzeit sechs Centralverbände an, und zwar jene der Maler und Dekorateur, Zimmerer und Bauzeichner, Rohrleger, Bauhelfer und Eisenkonstruktionsarbeiter, Aufzugsbauer und Bauhilfsarbeiter. (Es bestehen zwei Centralverbände der Bauhilfsarbeiter, von denen der letztgenannte — God Carriers and Building Laborers' International Union — mit etwa 10 000 Mitgliedern der stärkere ist.) Eine der bestorganisiertesten Gewerkschaften der Bauarbeiter, die Ziegel- und Steinmauer (Bricklayers' and Masons' International Union) ist kein Mitglied der beiden Verbände beigetreten. Die „Allianz“ läßt lokale Gewerkschaften und örtliche Baugewerberäte zur Mitgliedschaft nicht zu. Sie besteht aus je fünf Vertretern einer jeden der ihr

⁹⁾ Proceedings of the Forty-seventh Session, I. T. U., S. 39.

¹⁰⁾ Proceedings of the thent Session, United Association of Journeymen Plumbers, S. 15.

angehörigen Gewerkschaften.¹⁾ Im Internationalen Baugewerberat ist die Vertretung derart geregelt, daß jeder örtliche Baugewerberat für jedes Gewerbe einen Delegierten entsendet; Centralverbände mit weniger als 1000 Mitgliedern stellen drei Delegierte, jene mit 1000—3500 Mitgliedern vier, bis 8500 Mitglieder fünf, bis 13 500 Mitglieder sechs Delegierte und für je 5000 weitere Mitglieder um einen Delegierten mehr.²⁾ Die Leitung dieser Körperschaft besteht aus einem Präsidenten und sieben Ausschußmitgliedern. Der Ausschuß der Allianz der Baugewerbe wird aus den Präsidenten der einzelnen Organisationen gebildet. Die Gesamtheit der Delegierten tritt in beiden Fällen nur einmal jährlich zu Sitzungen („Conventionen“) zusammen. Bei diesen Gelegenheiten werden solche, die beteiligten Gewerbe berührende Fragen erledigt, deren Erledigung nicht in die Kompetenz der ständigen Ausschüsse fällt. Die Einkünfte des Internationalen Baugewerberates bestehen 1. aus Quartalsbeiträgen der lokalen Organisationen, und zwar betragen sie bei einem Mitgliederstand unter 500 15 Dollars, bei 500—1000 Mitgliedern 25 Dollars und für weitere 500 Mitglieder je 2,50 Dollars mehr; 2. aus Monatsbeiträgen der Centralverbände in der Höhe von einem Viertel Cent pro Mitglied. — Die Gewerkschaften, welche der Allianz der Baugewerbe angehören, haben ebenfalls ein Viertel Cent pro Mitglied und Monat zu zahlen. Andere Einnahmequellen sind die Aufnahmegebühren, welche die lokalen Organisationen sowohl wie die Centralverbände zu entrichten haben.

Im Falle von Streitigkeiten der Gewerkschaften untereinander haben zuerst die örtlichen Funktionäre Einigungsversuche zu machen; bleiben sie ergebnislos, so entscheidet bei den Organisationen, die dem Internationalen Baugewerberat angeschlossen sind, der Ausschuß dieser Körperschaft; die jährliche Delegiertenversammlung kann die Entscheide des Ausschusses umstoßen und ein endgültiges Urteil fällen. Durch Grenzstreitigkeiten oder ähnliche Konflikte darf kein Unternehmer in Mitleidenschaft gezogen werden, gegen den keine Beschwerden vorliegen. — Die Allianz der Baugewerbe hat ein besonderes Schiedscomité eingesetzt, das alle Streitigkeiten als letzte Instanz entscheidet. — Die beiden Gewerkschaftsverbände vertreten das Prinzip, daß Streiks nach Möglichkeit vermieden werden sollen; sie streben den Abschluß lokaler und nationaler Tarifverträge an.³⁾ Die Verträge verpflichten gewöhnlich die vertragschließenden Unternehmer, nur organisierte Arbeiter zu beschäftigen, die ihrerseits wieder nur bei organisierten Unternehmern in Arbeit treten dürfen. In vielen Orten bestehen Tariffchiedsgerichte zur Peilung von Konflikten; wo sie mangeln, ist es die Aufgabe des Ausschusses des Baugewerberates oder der Allianz der Baugewerbe, vermittelnd einzugreifen. Die erstgenannte Körperschaft hat seit 1901 eine gemeinsame Gewerkschaftsmarke eingeführt, die an solchen Bauten angebracht wird, bei deren Errichtung ausschließlich organisierte Arbeiter beteiligt waren.⁴⁾ Die Allianz der Baugewerbe besitzt eine derartige Gewerkschaftsmarke nicht. — Sympathiestreiks waren bis in die jüngste Zeit im Baugewerbe in den Vereinigten Staaten sehr häufig;

gar oft wurden sie übereilt erklärt und damit den beteiligten Gewerkschaften Lasten auferlegt, die besser erspart geblieben wären.⁵⁾ Um dies zu vermeiden, schuf z. B. die Allianz der Baugewerbe die Bestimmung, daß Sympathiestreiks nur dann unternommen werden dürfen, wenn das lokale „Board of Governors“ (ein aus den „Geschäftsagenten“ — Business Agents — der am Orte befindlichen Organisationen zusammengesetztes Schiedsgericht) sich mit Zweidrittelmehrheit dafür entscheidet.⁶⁾ Streikunterstützung wird von den einzelnen Gewerkschaften direkt gewährt; ein Versuch des Internationalen Baugewerberates, diese Unterstützung zu centralisieren, schlug fehl. (Folgt.)

Kongresse.

Elfte Generalversammlung des Verbandes der Bäcker Deutschlands.

Kassel, 10. bis 13. März 1907.

Auf dem Verbandstage sind anwesend 59 Delegierte, 3 Vertreter des Vorstandes, der Redakteur, 1 Ausschußvertreter und 2 Gaubeamte.

Nach dem Vorstandsbericht ist die günstige Entwicklung des Verbandes innerhalb der letzten zwei Jahre darauf zurückzuführen, daß im Bäckergewerbe die Entwicklung zum Großbetriebe unaufhaltsam vor sich geht. Nach den statistischen Ermittlungen des Vorstandes ist die Zahl der Betriebe mit mehr als 10 Arbeitern von 97 (1901) mit 1639 Arbeitern auf 367 (1906) mit 5426 Arbeitern gestiegen. Auch die günstige Wirtschaftskonjunktur und schließlich die allgemeine Entwicklung der Arbeiterbewegung hat befruchtend auf die Organisation der Bäckerei gewirkt. Nicht zuletzt aber auch die wachsende Genossenschaftsbewegung. Vielfach sind die in den Genossenschaftsbetrieben beschäftigten Arbeiter die Träger der Organisation in den betreffenden Orten. In der Berichtsperiode sind 28 neue Konsumvereinsbäckereien errichtet worden. Auch die Anstellung von Gauleitern hat sich allseitig günstig bewährt.

Aus Furcht vor dem Erstarken der Arbeiterorganisation haben die Bäckermeister vielfach sogenannte Vereine gegründet, die aber bis jetzt der Bewegung keinerlei Schaden verursacht haben. Allgemein war der Verkehr zwischen den verschiedenen Verwaltungskörperschaften des Verbandes ein gut kollegialer. In Magdeburg ist der Versuch zur Gründung einer Organisation der in Konsumbäckereien beschäftigten Arbeiter gemacht worden; dieselbe ist inzwischen wieder von der Bildfläche verschwunden.

Die Mitgliederzahl ist von 9578 auf 13 425, die Zahl der Mitgliedschaften von 91 auf 99 gestiegen; 13 Mitgliedschaften sind durch Verschmelzung aufgehoben worden. Im Februar 1906 fanden auf Veranlassung des Vorstandes Massenversammlungen zur Agitation für einen geschlichen wöchentlichen 36 stündigen Ruhetag statt. Die Petition an den Bundesrat ist bis jetzt unbeantwortet geblieben. Im selben Jahre fanden auch Protestversammlungen gegen die arbeiterschutzeindlichen Beschlüsse des Germania-Innungsverbandes statt. Auch mehrere Agitationsbroschüren wurden verbreitet. Zur Einleitung einer wirksamen Hausagitation wurde eine Schrift Allmanns: „Wie betreibt man planmäßig die Hausagitation?“ in 8000 Exemplaren an die

¹⁾ Constitution, Structural Building Trades Alliance, Art. 3, § 2.

²⁾ Constitution, Int. Building Trades Council, Art. 4, § 1.

³⁾ Industrial Commission Report, Bd. 14, S. 22.

⁴⁾ Proceedings of the Fourth Annual Convention Int. Building Trades Council, 1901, S. 125.

⁵⁾ Kirk, National Labor Federations in the United States. Baltimore, 1906.

⁶⁾ Constitution, Structural Building Trades Alliances, Art. 9, §§ 1—6.

leitenden Personen ausgegeben. Den „Bäckertalender“ erhielten die Mitglieder unentgeltlich. Gemäß einem früher gefaßten Beschlusse wurden 11 Bezirksleiter angestellt. Lohnbewegungen und Streiks haben in den beiden Jahren 110 in 278 Orten, 11 014 Betrieben mit 25 358 Beschäftigten stattgefunden. Beteiligt an den Bewegungen waren 19 280 Personen. Ohne Arbeitseinstellungen verliefen 86 Bewegungen; in 4 Fällen wurden die Forderungen zurückgezogen, in 20 Fällen kam es zu Streiks und Aussperrungen, von denen 14 vollen oder teilweisen Erfolg hatten. Es erreichten: 7829 Personen 28 426 Stunden Arbeitszeitverkürzung, 16 160 Personen 30 036 Mk. Lohnerhöhung pro Woche; ferner 8042 Personen Lohnerhöhung für Ueberstunden usw., und 4937 Personen Befreiung des Kost- und Logiszwangs beim Arbeitgeber. Korporative Arbeitsverträge wurden in 75 Fällen für 14 009 Personen abgeschlossen. Die Kosten sämtlicher Bewegungen beliefen sich auf 24 175 Mk. Wie der Vorstandsbericht hervorhebt, partizipieren an den Errungenschaften der Organisation weit mehr Arbeiter, als die Streikstatistik angibt. Insbesondere haben die stattgefundenen Kämpfe zur Beseitigung der Mißstände und Unsauberkeiten auch in den nicht in Mitleidenschaft gezogenen Betrieben beigetragen. Der Kampf um die Freigabe von drei Nächten im Jahre hat vielfach den gewünschten Erfolg gehabt. Den mit dem Centralverband der deutschen Konsumvereine abgeschlossenen Tarif haben bis jetzt 67 Genossenschaften mit 811 Beschäftigten anerkannt; 134 Vereine mit 613 Beschäftigten waren leider bisher zur Anerkennung des Tarifes noch nicht zu bewegen.

Mit dem Verbandsverband der Konditoren wurde ein Kartellvertrag abgeschlossen.

Die Einnahmen des Verbandes in der Berichtsperiode betragen 456 074 Mk., die Ausgaben 395 477 Mk. Für die wichtigsten Zweige des Organisationslebens wurden verausgabt: Agitation 51 351 Mk., Beiträge an Kartelle und Sekretariate 8521 Mk., Rechtsschutz 7315 Mk., Arbeitslofenunterstützung 77 725 Mk., Reiseunterstützung 6816 Mk., Notfallsunterstützung 1028 Mk., Gemahregeltenunterstützung 3902 Mk., Streikunterstützung an andere Berufe 10 755 Mk., Verwaltungskosten in der Hauptkasse: sächliche 13 510 Mk., persönliche 12 191 Mk., in den Mitgliedschaften 107 500 Mk., Fachorgan 37 561 Mk. Das Verbandsvermögen belief sich am Schlusse der Berichtsperiode auf 118 538 Mk. Das Fachorgan hat jetzt 15 500 Auflage. Der Ausschuß hat nur wenige Beschwerden zu erledigen gehabt; dieselben waren allgemein nicht tiefgründiger Natur.

In der mündlichen Ergänzung des Vorstandsberichtes wird noch ausgeführt, daß die Verschmelzung mit dem Verbandsverband der Konditoren in Kürze zur Tatsache werde.

Die Arbeit im Verbandsbureau hat sich derart angehäuft, daß die Anstellung einer weiteren Arbeitskraft erforderlich ist. Bei der Stabilität, die die inneren und äußeren Organisationsverhältnisse erlangt haben, könne das ohne Befürchtungen finanzieller Natur geschehen.

In der Diskussion über den Vorstandsbericht wird gewünscht, daß das Fachorgan hin und wieder auch fachtechnische Artikel bringen möge. In einzelnen Fällen soll die Redaktion wichtigen Lohnbewegungen nicht die gebührende Aufmerksamkeit geschenkt haben. Auch in der Bekämpfung der Kommissionäre soll nicht das Genügende geschehen sein. Gegen das vom Vorstande eingeführte Wahlreglement zum Verbandsstage wird lebhafter Einspruch erhoben. Gegen die

Berliner Mitgliedschaft wird der Vorwurf erhoben, den „gelben Schwindel“ zum großen Teile selbst gezogen zu haben. Jedenfalls haben die „Gelben“ ihre Bedeutung erst dadurch erlangt, daß man sich fortgesetzt mit ihnen beschäftigt hat. Bezüglich des Verhältnisses zu den verwandten Berufsorganisationen wird es als zweckmäßig bezeichnet, auch mit dem Verbandsverband der Müller die Verschmelzung anzustreben. Zur Frage einer Verschmelzung mit dem Müllerverbande rät der Vorstand dringend, dieselbe nicht zu überstürzen. Beschwerden prinzipieller Natur gegen den Vorstand wurden nicht vorgebracht. Dem Gesamtvorstand wird einstimmig Decharge erteilt. Ueber einige Wiederaufnahmegesuche, u. a. des früheren Vorsitzenden Pfeiffer-Berlin, wird zur Tagesordnung übergegangen. Beschlossen wird die Herausgabe von Jahrbüchern durch den Vorstand; Flugblätter gegen die Lehrlingszüchtereien sollen auch in Zukunft nach Bedarf herausgegeben werden. Die Fachzeitung soll in Zukunft auch Artikel fachwissenschaftlichen Inhalts bringen.

Ueber Lohnbewegungen und Streiks referiert Allmann. Derselbe warnt davor, daß einzelne Kartelle Einfluß auf die taktische Führung der Lohnkämpfe zu gewinnen suchen. Wo das geschehen, habe es nur Verwirrung gestiftet. Im übrigen halte der Verband daran fest, eine Verbesserung der Lebenslage möglichst auf tarflichem Wege zu erreichen. Wo das nicht möglich sei, würde der Verband nach eingehender Abwägung aller Chancen auch vor dem Kampfe nicht zurückschrecken. Von den Mitgliedern sei zu fordern, daß sie Vertrauen zu den gewählten Führern haben und im entscheidenden Moment nicht die Abmachungen derselben über den Haufen werfen. Auch ist im allgemeinen darauf hinzuwirken, die Einigungsverhandlungen vor die Gewerbegerichte zu bringen. Wo, wie in Berlin, die Arbeitgeber schlimmsten Wortbruch begangen haben, wird man unbedingt auf gewerbegerichtlichem Abschluß der Verträge bestehen müssen.

Ueber „Minimal- oder Klassenlöhne“ referiert der Redakteur Heeren. Derselbe behandelt eingehend den schädigenden Einfluß der Klassenlöhne. Durch die erfolgreichen Bemühungen der Organisation, die Mindestlohnsätze in die Höhe zu bringen, seien die früheren Spannungen zwischen diesen und den Höchstlohnsätzen schon vielfach geringer geworden, der Durchschnittslohn sei gestiegen. Vielfach fände aber die Forderung nach Minimallohnsätzen noch Widerstand in Arbeiterkreisen. Hier gelte es prinzipielle Klarheit und Aufklärung zu schaffen. Redner wendet sich weiter mit aller Entschiedenheit dagegen, daß die Höhe der Lohnklassen von der Größe der Betriebe abhängig gemacht wird.

Ueber „die Verkürzung der Arbeitszeit und der wöchentliche Ruhetag“ spricht Gafner-München. Derselbe hebt besonders hervor, daß die Propagierung einer kürzeren Arbeitszeit vielfach scheitere an der Meinung der Bäckereiarbeiter, die in der Bundesratsverordnung festgesetzte Maximalarbeitszeit müsse unter allen Umständen voll gearbeitet werden.

Geßhold-Berlin referiert über: „Die Bekämpfung der Lehrlingszüchtereien in unseren Lohnbewegungen.“ Die Diskussion über die vier Referate ist eine lebendige und eingehende. Dieselbe endet mit der Annahme einer längeren Resolution.

Zum Streikreglement wird ferner beschlossen:

Das Recht auf Unterstützung bei Ausständen haben Verbandsmitglieder nur dann, wenn sie mindestens 26 Wochen dem Verbandsverband angehören und für diese Zeit ihre Beiträge

Lohnbewegungen und Streiks.

Streiks und Aussperrungen.

Die Aussperrung der Hamburger Schauerleute umfaßt jetzt zirka 5000 Arbeiter. Es ist den Rhedern gelungen, in den englischen Hafentstädten etwa 1500 Streikbrecher zu werben. Die Leute werden auf Logementschiffen im Hamburger Hafen verpflegt und — gefangen gehalten. Jeder Landurlaub wird ihnen verweigert, so daß hier faktisch unter den Augen der Hamburger Gewerkschaften eine ungesetzliche Freiheitsberaubung gebildet wird. Die Engländer wollen sich das freilich nicht gefallen lassen und haben wüste Schlägereien stattgefunden, denen Offiziere der betreffenden Schiffe zum Opfer gefallen sind, die ins Hafentrassenhaus überführt werden mußten. Eine völlige Stockung ist im Hafenbetrieb bereits zu verzeichnen. Die Zahl der Schiffe, die nicht expediert werden können, steigt mit jedem Tage. In der Hamburger Kaufmannschaft rebelliert es anscheinend ob dieser Stockung im Hafenbetrieb, die ausschließlich auf das Konto der Hamburger Scharfmacher zu setzen ist. Die bürgerliche Presse Hamburgs hat sich fast ausnahmslos in den Dienst der Scharfmacher gestellt, wie man ja auch nicht anders von ihr erwarten kann. Ist doch ihr Inkasentgeschäft vollständig von diesen Leuten abhängig!

Die englischen Gewerkschaften sind empört über die Schmach, die ihrem Lande durch die Streikbrecherbanden angetan wird, die sich wieder den Hamburger Hafengewaltigen zur Verfügung gestellt haben. Nun ist es ja freilich verfehlt, wollte man den organisierten Arbeitern Englands diese Schmach so ohne weiteres in die Schuhe schieben. In den englischen Häfen treibt sich mehr Lumpengesindel herum als in irgend einem anderen Hafen der Welt. England bezim. seine Hafentstädte ist der Sammelpunkt des internationalen Lumpengesindels. Ob die englischen Gewerkschaften alles getan haben, um diese Leute mit Hilfe der Organisation zu anständigen Arbeitern zu erziehen, ist eine Frage, über die wir nicht kurzweg hier entscheiden wollen. Die Verhältnisse sind für die Organisation hier zweifelsohne recht schwierige. Wir möchten die Aufmerksamkeit der deutschen Arbeiterpresse hierauf lenken, damit ungerechte Urteile über die englischen Gewerkschaften als solche bei dieser unangenehmen Gelegenheit vermieden werden.

„Der Hafentarbeiter“ hat aber nach unserem Dafürhalten in zutreffender Weise, wenn auch mit scharfen Worten, einen Mangel der englischen Gewerkschaften festgestellt, und wir möchten diese Feststellung unseres „Hafentarbeiter“ den englischen Genossen dringend der Beachtung empfehlen. „Der Hafentarbeiter“ schreibt: „Es ist ein Skandal für die englische Arbeiterbewegung, daß sie nicht die Kraft findet, den deutschen Rhederkreaturen, die den Menschenhandel gewerbsmäßig betreiben, das Handwerk zu legen. Als wir uns nach der vorjährigen Waiensperrung an die englischen Arbeiterführer wandten, wurde uns das Versprechen gegeben, es würde dafür gesorgt werden, daß die deutschen Menschenhändler aus England keine Streikbrecher wieder herauschleppen. Hier sieht man den vollen Erfolg der gewerkschaftlichen „Erziehungsarbeit“ in England. Nicht eine einzige sozialdemokratische Tageszeitung existiert in Großbritannien und die Gewerkschaftspressen ist unter allem Luder. An diesem traurigen Beispiel können die deutschen Arbeiter ermessen, welchen ungeheuren

Wert eine gute Arbeiterpresse hat. Nun, die englischen Gewerkschaften werden auch dafür in der deutschen Ausbeuterpresse als „vernünftig“ gelobt, und dies Lob haben sie redlich verdient.“

Die englischen Gewerkschaften haben tatsächlich keine durchschlagenden Mittel, eine Erziehungsarbeit unter diesen Arbeiterkategorien zu betreiben, solange sie nicht für eine gut ausgebauten Arbeiterpresse sorgen. Aber wir sind davon überzeugt, daß die englischen Genossen diesen Mangel selbst empfinden und daß sie aus den jetzigen wiederholten schmachvollen Vorgängen die entsprechenden Lehren ziehen werden. An Mitteln, für Abhilfe zu sorgen, fehlt es ihnen nicht. Und wo der Wille vorhanden, findet sich auch ein Weg.

Die Aussperrung der Tapezierer Berlins ist jetzt im wesentlichen mit einer vollständigen Niederlage der Innung entschieden. Die einzelnen Unternehmer haben den Innungsscharfmachern die Gefolgschaft schließlich versagt und die Forderungen der Organisation der Gesellen anerkannt, so daß bereits 1400 Arbeiter zu den neuen Bedingungen arbeiten, während etwa 400 noch ausgesperrt sind.

Die Generalaussperrung der Schneider umfaßt bisher, soweit uns Mitteilungen vorliegen, Berlin, Fürth i. B., Königsberg, Nürnberg und eine Firma in Saarbürg. Ferner ist Streik in Eisenach und Pirmafens.

Gewerbegerichtliches.

Eine Gewerbegerichtswahl in Breslau.

Ein über die Bedeutung des Tages hinausragender Vorfall hat sich in den letzten Wochen in Breslau abgespielt. Am 14. März sollten hier erneut die Gewerbegerichtswahlen stattfinden. Am den christlichen und Hirsch-Dunderschen Gewerksvereinen entgegen zu kommen und ihnen eine Anzahl von Mandaten bei dem Gewerbegericht zu sichern, wurde ein neues Ortsstatut am 24. November 1906 geschaffen, das die Genehmigung des Bezirksausschusses fand. Der § 8 des Statuts bestimmt das Proportionalwahlsystem mit gebundenen Listen. Zu diesem Zwecke wurde nun im amtlichen Organ des Breslauer Magistrats folgendes bekannt gemacht:

„Für die Neuwahl von 51 Besitzern des Gewerbegerichts und 17 Ersatzmännern aus dem Kreise der Arbeitnehmer ist innerhalb der durch Ortsstatut für das Gewerbegericht festgesetzten und gehörig bekannt gemachten Frist nur eine gültige Wahlvorschlagsliste eingegangen. Gemäß § 12 letzter Absatz des erwähnten Ortsstatuts gelten daher die auf dieser Liste benannten als gewählt, ohne daß es einer weiteren Wahlhandlung bedarf.“

Die drei verschiedenen Verbände beteiligten sich sehr zahlreich an der Eintragung in die Wählerlisten. Wenn es nach Recht und Gerechtigkeit gegangen wäre, müßten von den zu wählenden 51 Gewerbegerichtsbesitzern 39 auf die freien Gewerkschaften, 8 auf die Hirsch-Dunderschen und 4 auf die christlichen Gewerksvereine entfallen. Indessen sollte ein an sich kleines Versehen der freien Gewerkschaften zu den denkbar schwersten Folgen führen. In der Liste derselben hatte sich insofern ein Schreibfehler eingeschlichen, als zwischen der Nummer 38 und 40 die Nummer 39 nicht mit Namen ausgefüllt war. Es standen also auf der Liste des Gewerbegerichtskartells nicht — wie es vorgeschrieben

entrichtet haben. In außergewöhnlichen Fällen ist der Vorstand berechtigt, Unterstützungen auch bei kürzerer Mitgliedschaft zu gewähren.

Die Streitunterstützung wird vom dritten Tage an nach Ausbruch eines Streiks bezahlt und erfolgt die erste Auszahlung am 8. Tage. Die Unterstützung beträgt für Mitglieder, die 26 Wochen dem Verbands angehören, wenn sie unverheiratet sind, 8 Mk. pro Woche, für Verheiratete 10 Mk. und für jedes Kind unter 14 Jahren 1 Mk. mehr, bis zum Höchstbetrage von zusammen 14 Mk. pro Woche. Nach einjähriger Mitgliedschaft und Beitragsleistung erhalten ledige Mitglieder 10 Mk., Verheiratete 12 Mk. pro Woche und 1 Mk. für jedes Kind, bis zum Höchstbetrage von 16 Mk.

Weibliche Mitglieder erhalten je nach ihrer Mitgliedschaftsdauer die Hälfte des Satzes der männlichen Mitglieder.

In außerordentlichen Fällen kann auch die Unterstützung vom Vorstand höher bemessen werden.

Es folgt die Beratung über den Punkt: „Der Tarifvertrag mit den Konsum- und Genossenschaftsbäckereien“. Referent hierzu ist Kreichmer-Hamburg, der einen vom Hauptvorstand ausgearbeiteten neuen Entwurf empfiehlt. Seitens der Hamburger Delegation wird ein von dieser vorgelegter Tarifentwurf verteidigt. Ein weiterer Antrag verlangt sukzessive Beseitigung der Alterslohnklassen, soweit solche in Genossenschaftsbetrieben bestehen.

Während der Verhandlungen lief ein Begrüßungstelegramm der Petersburger organisierten Bäckereiarbeiter ein, das mit lebhaftem Beifall zur Kenntnis genommen wird.

In der weiteren Diskussion über den Genossenschaftstarif werden eine große Anzahl weitergehender Wünsche vorgetragen, die den Referenten veranlassen, in seinem Schlussworte zu erklären, daß die Aufrechterhaltung derselben den Tarif zum Scheitern bringen würde. Wenn gesagt werde, man solle eventuell eher den Tarif scheitern lassen, als auf einige der vorgetragenen Wünsche zu verzichten, so könne das von der Organisation nicht verantwortet werden, zumal der vorgeschlagene Tarif in vielen Punkten über das hinausgehe, was die Organisation bis jetzt in den Privatbetrieben der meisten in Betracht kommenden Orte erkämpfen konnte.

Es wird zunächst einstimmig beschlossen, den bestehenden Genossenschaftstarif zu kündigen. Der Tarifentwurf des Vorstandes wird mit allen gegen sieben Stimmen in namentlicher Abstimmung angenommen. Beschlossen wird ferner, daß in Zukunft der Genossenschaftstarif durch den Vorstand zu kündigen ist; derselbe hat jedoch vorher Bezirkskonferenzen zu arrangieren, um eine Aussprache über die Wünsche der Beteiligten herbeizuführen. Eine Reihe weiterer Anregungen wird in den zu schaffenden Tarifkommentar aufgenommen. Zu der demnächst stattfindenden Sitzung mit dem Genossenschaftsvorstande werden Allmann, Neumann-Leipzig und Wichers-Hamburg gewählt.

Ueber „Agitation, Bezirkseinteilung und die Geschäftsführung in den Mitgliedschaften“ referieren Lankes und Barth. Die Referenten behandeln in eingehender Weise die verschiedenen Fragen des inneren Organisationslebens. Die aus der Lehre entlassenen jungen Berufsarbeiter sollen durch geeignete Flugblätter sofort für die Organisation gewonnen und vor dem Reinfall in die sogenannten Gesellenvergütungsvereine bewahrt werden. Zum Teil ist das schon mit Erfolg geschehen. Der Vorstandsvorstand empfiehlt weiter folgenden Antrag:

Das bisherige System der Gauvorstände und Gauleiter wird aufgehoben und das „Reglement für die Gaue und Agitation durch die Gauvorstände“ außer Kraft gesetzt.

Gaukonferenzen in der bisherigen Weise finden nicht mehr statt.

Der Vorstandsvorstand ist berechtigt, wenn sich ein solches Bedürfnis für einzelne Landesteile oder besondere Branchen der Mitglieder herausstellt, besondere Konferenzen einzuberufen.

Das System der angestellten Bezirksleiter hat der Vorstandsvorstand je nach der Leistungsfähigkeit der Organisation weiter auszubauen.

Die Gaue Osten mit dem Vorort Berlin, Mitteldeutschland mit dem Vorort Leipzig, Norden mit dem Vorort Hamburg, Westen mit dem Vorort Frankfurt a. M. und Süden mit dem Vorort München bleiben mit angestellten Gauleitern weiter bestehen. (Mit Ausnahme von Hamburg, wo der Vorstandsvorstand dessen Funktionen übernimmt.)

Mit der Annahme dieses Antrages treten die Gauleiter in engere Beziehung zum Hauptvorstande als dies bisher der Fall war. Gleichzeitig hiermit gelangt eine umfangreiche „Geschäftsordnung für die Bezirksleitungen“ zur Annahme. Ein Antrag Leipzig, wonach Beamte nur angestellt werden dürfen, wenn in dem betreffenden Bezirk mindestens 1000 organisationsfähige Berufsangehörige und 300 Mitglieder vorhanden sind, wird abgelehnt. Zur Annahme gelangt ein Antrag, wonach ausgeschlossenen Mitgliedern das Recht zur Anrufung eines örtlichen Schiedsgerichts eingeräumt wird. Der Vorstand beantragt die Gewährung der Krankenunterstützung nach Art der Arbeitslosenunterstützung, nämlich schon nach einem Jahre Mitgliedschaft, anstatt wie bisher nach dreijähriger Mitgliedschaft. Von verschiedenen Rednern wird dagegen geltend gemacht, daß die Klasse die sich daraus ergebenden Mehrausgaben nicht tragen können und sich deshalb auf dem nächsten Verbandstage eine Beitragserhöhung notwendig machen würde, die man aber wenn irgend möglich, vermeiden solle. Der Antrag des Vorstandes wird in namentlicher Abstimmung mit 43 gegen 16 Stimmen angenommen. Auch ein Antrag auf Ausdehnung der Krankenunterstützung auf Wöchnerinnen wird angenommen. Die Sterbeunterstützung wird auf die Ehefrauen der Mitglieder ausgedehnt. Ein Antrag auf Einführung von Umzugsunterstützung für verheiratete Mitglieder wird angenommen.

Zur Annahme gelangt ferner folgender Antrag des Vorstandes:

Der Centralarbeitsnachweis des Verbandes wird aufgehoben; an dessen Stelle werden in jedem Bezirk mit angestellten Bezirksleitern Verbandsarbeitsnachweise errichtet, welchen auch die Arbeitsvermittlung nach den Konsum- und Genossenschaftsbäckereien übertragen wird. Die Bezirksleiter haben den betreffenden Genossenschaftsleitungen von dem Bestehen dieser Arbeitsnachweise Mitteilung zu machen. Bei Einstellung von Arbeitskräften nach Genossenschaftsbetrieben haben sich die Bezirksleiter mit dem Vorstandsvorstand ins Einvernehmen zu setzen und sind dessen etwaige Vorschläge von answärtigen Mitgliedern bei der Vermittelung zu berücksichtigen.

Die Arbeitsvermittlung in allen Arbeitsnachweisen des Verbandes muß für Arbeitgeber wie für Verbandsmitglieder unentgeltlich geschehen.

Betreffs der Unterrichtskurse erhält der Vorstand die Ermächtigung, zunächst jährlich im Herbst drei Angestellte zu entsenden. Zwei Anträge, daß Angestellte des Verbandes nicht als Delegierte wählbar sind, bezw. auf Verbandstagen nur beratende Stimme haben, werden nach lebhafter Debatte abgelehnt. Ein Antrag, Maiausgesperrten Arbeitslosenunterstützung vom ersten Tage ab zu gewähren, wird abgelehnt. Die Änderungen des Statuts treten am 1. Juli in Kraft.

war — 51 sondern nur 50 Vertreter. In der ursprünglichen Liste — die im Arbeitersekretariat zu Breslau angefertigt worden war — waren zwar alle Nummern und Namen genau angegeben. Unglücklicherweise passierte jedoch in der Abschrift, die dem Gewerbegericht eingereicht wurde, der betreffende Schreibfehler und durch Ueberbürdung mit anderen Arbeiten im Sekretariat wurde es leider veräumt, die Listen zu vergleichen und zu korrigieren. So kam es denn, daß die Liste der freien Gewerkschaften für ungültig erklärt wurde.

Ein ähnlicher Schreibfehler hatte sich merkwürdigerweise in der Liste der christlichen Gewerkschaften herausgestellt, sodaß auch sie für ungültig erklärt wurde. Es blieb also nur noch die Liste der „Hirsche“ als allein gültig übrig. Im Gewerbegericht ist man anscheinend auf diese Fehler erst aufmerksam geworden, als die Frist zur Einreichung der Listen bereits verstrichen war. Versuche von unserer Seite, die offenbar unwesentlichen Schreibfehler abzustellen, scheiterten an der Auffassung des Magistrats, daß das zu spät sei.

Es ist unter diesen Umständen die Erregung in unseren Kreisen leicht begreiflich, daß auf 3 Jahre hinaus die freien Gewerkschaften von der Beteiligung an der Rechtsprechung im Gewerbegericht ausgeschlossen sein sollen, zumal sie bis jetzt nach besten Kräften mitgewirkt haben, was auch der Gewerbegerichts vorsitzende Dr. Gradenwitz uneingeschränkt anerkannte.

In anbetracht der ganzen Sachlage sollte man dann nicht annehmen, daß die „Hirsche“, die immer das Proportionalwahlssystem als das gerechteste gepriesen hatten, den Schreibfehler zum Anlaß nehmen würden, von der ihnen unfreiwillig in die Hände gespielten Macht vollständigen Gebrauch zu machen. Um so weniger, als sie noch ein großes Stück Erziehungsarbeit vor sich haben und sicher die geeigneten Vertreter nicht stellen können. Im ersten Augenblicke schienen sie sich ihrer Schwäche und der Verantwortung bewußt zu sein, die auf ihnen lasten würde, wenn sie und nur sie die Rechtsprechung in den Händen hätten. Es sei hier ausdrücklich festgestellt, nicht die freien Gewerkschaften, sondern die Vertreter der Hirsch-Dunderschen Gewerbevereine knüpften mit uns Verhandlungen an, die sich in der Zeitfolge folgendermaßen abspielten:

Sonabend, den 23. Februar, erschien im Arbeitersekretariat Herr Madel, der Ortsbeamte des Gewerbevereins der Metallarbeiter und Maschinenbauer, und stellte sich als Vertreter der Hirsch-Dunderschen Gewerbevereine vor. Er habe gehört, daß auch die Liste des Gewerkschaftsartikels für ungültig erklärt worden ist, es bliebe demnach nur die Liste der Gewerbevereine bestehen und sie wäre als gewählt zu betrachten. Ihm (Madel) sei das bedenklich, da man bei Aufstellung der Liste an einen solchen Ausgang nicht gedacht hätte, und bei der Auswahl der Personen nicht die nötige Vorsicht verwandt habe, weil man ja doch nur mit 4 bis 5 Beisitzern, die bei ordnungsgemäßer Wahl auf ihre Liste gefallen wäre, gerechnet hat. Er wolle die Verantwortung nicht übernehmen, diesen Leuten die Rechtsprechung auf drei Jahre anzuvertrauen, zumal die Gewählten keinerlei Erfahrungen hinter sich hätten.

Er sei geneigt, die Liste zurückzuziehen, um eine gemeinsame neue Liste aufzustellen, bei der die in Frage kommenden Organisationen nach ihrem Stärkeverhältnis berücksichtigt würden. Gegen einen solchen vernünftigen Vorschlag hatte der Kartellvorstand nichts einzuwenden, er erklärte sich bereit, auf dieser Grundlage zu verhandeln! Es wurde darauf eine gemeinsame Sitzung einberufen, an welcher der Vorstand des Gewerkschafts-

artikels, ferner Herr Madel und der bevollmächtigte Vertreter der Hirsch-Dunderschen, Schneidermeister Schüh, teilnahmen. Die Sitzung fand Dienstag, den 26. Februar statt. Montag, den 25. Februar vormittags kamen dann auch die Herren Gebhardt und Ruh als Vertreter der christlichen Organisationen ins Arbeitersekretariat mit dem Bemerkten: Sie hätten in Erfahrung gebracht, daß die Liste des Gewerkschaftsartikels, ebenso wie die übrige für ungültig erklärt worden seien und daß die Hirsch-Dunderschen Gewerbevereine gewillt seien, ihre Liste zurückzuziehen. Die Herren wurden darauf gleichfalls zu der Sitzung für Dienstag, den 26. Februar, eingeladen.

Inzwischen war Montag, den 25. Februar, von den Gewerbevereinen folgendes Schreiben eingelaufen:

Geehrter Herr! Verantwortlich Ihres geehrten Schreibens vom 23. Februar, teilen wir Ihnen mit, daß wir zu der von Ihnen zum 26. Februar einberufenen Sitzung nicht erscheinen können, da wir an demselben Abend im Ortsverband uns selbst mit der Materie beschäftigen. Wir haben in der Gewerbegerichtsangelegenheit für Freitag, den 1. März, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, eine Sitzung anberaumt, zu der wir den Vorstand des Gewerkschaftsartikels hiermit einladen. Böhmer, Schriftführer.

Diese Antwort war um so überraschender, als gerade Madel den Dienstag im Vorschlag gebracht hatte. Da man Verdacht schöpfte, wandten sich unsere Genossen im Arbeitersekretariat an Herrn Schüh und erfuhr dort, daß Madel gar nicht der berufene Vertreter sei, und wenn er uns Zugeständnisse gemacht habe, so seien dieselben nur für seine Person gemacht worden. Herr Schüh erklärte sich jedoch ebenfalls bereit, die Liste zurückzuziehen, aber das Kartell soll sich, da er seine Entschlüsse nicht allein treffen könne, an Herrn Strohsfeld wenden. Um nichts unverfälscht zu lassen, wandte man sich auch an diesen Herrn, der ebenfalls mitteilte, daß Madel keineswegs zu Versprechungen autorisiert sei. Madel hatte also unsere Genossen irreführt. Wie wir aber hinterher erfahren, bestehen Differenzen zwischen Madel und den übrigen Beteiligten, und aus diesem Grunde erklärt es sich, daß der Vertreter der größten Gruppe der Gewerbevereine keine Bedeutung bei so wichtigen Angelegenheiten hat. Herr Strohsfeld erklärte sich aber auch bereit, bei seinen Mitgliedern dafür einzutreten, daß die Liste zurückgezogen würde, auch er gab zu, daß bei der Auswahl der Beisitzer nicht damit gerechnet worden ist, daß sie gewählt würden.

Dienstag, den 26. Februar gegen Abend erschien dann Herr Schüh im Arbeitersekretariat und gab bekannt, daß sie bereit seien, ihre Liste unter folgenden Bedingungen zurückzuziehen: Gewerbevereine und Kartell erhalten je 20, die Christlichen 11 Sitze. Unsere Genossen wendeten dagegen ein, daß einem solchen Vorschlag unter keinen Umständen zugestimmt werden könnte. Es wäre doch in keiner Weise zu rechtfertigen, den Christlichen, die ebenfalls durch ihr Verschulden die Ungültigkeit ihrer Liste veranlaßt hätten, jetzt eine Prämie zu zahlen, dadurch, daß man ihnen fünf Sitze mehr zugestehen wolle, als sie eingestandenemal bei ordnungsmäßiger Wahl erhalten würden, auch sie hätten mit uns den Schaden zu tragen, und es wäre höchst anständig, wenn sie sechs Sitze erhielten. Diesen Erwägungen konnte sich Herr Schüh nicht verschließen, er erklärte: Er überlasse es unseren Genossen, wieviel Sitze sie den Christlichen zugestehen wollen.

In der Sitzung, die am Abend desselben Tages mit den Christlichen stattfand, wurden ihnen sechs Sitze zuerkannt; sie betonten zwar, daß sie 7—8 Sitze bei einer Wahl erhalten würden, sich aber unter den bestehenden Umständen mit sechs, schließlich auch mit fünf Sitzen und zwei Stellvertretern zufrieden geben wollten. Damit war die Angelegenheit erledigt; die Namen der Beisitzer wurden dem Arbeitersekretariat am anderen Tage übermittelt. Auch Madel mit einigen Vertretern war in der Sitzung erschienen. Es wurde aber abgelehnt, mit ihm zu verhandeln, da er keinerlei Vollmacht habe. Natürlich große Enttäuschung!

Dafür wurde aber ein Schreiben an die Leitung der Hirsch-Dunderschen gerichtet, in dem ihnen vorgeschlagen wurde, daß die Gewerkschaften 34 Beisitzer und 11 Stellvertreter, die Hirsch-Dunderschen 12 oder 11 Beisitzer und sechs Vertreter, die Christlichen aber fünf oder sechs Beisitzer und sechs Vertreter erhalten sollten.

Auf dieses Schreiben ist eine Antwort nicht eingegangen, sondern am Freitag, den 1. März vormittags erschienen die Herren Strohsfeld und Schütz im Arbeiter-Sekretariat und teilten mit, daß sie bei dem von ihnen zuerst gemachten Vorschlag bestehen bleiben müßten, nur seien sie damit einverstanden, daß die Christlichen sechs Sitze erhalten, so daß sie also für sich 20 Sitze beanspruchen. Es wurde den Herren darauf erklärt, daß es der Kartellisierung überlassen bleiben müsse, endgültige Beschlüsse zu fassen. Die Beschlüsse der Kartellisierung sind bekannt; die Delegierten kamen, wenn auch nicht ohne Widerspruch, überein, sich mit dem Kompromiß einverstanden zu erklären. Man wollte alles vermeiden, um nicht Anlaß zu Angriffen zu geben, und auch mit Rücksicht auf die gesamte Arbeiterchaft tat man diesen Schritt.

Es sollten aber recht bald diejenigen Recht behalten, die von einem Kompromiß abrieten, weil nach den bisherigen Erfahrungen ein Zusammengehen mit jenen Leuten als ausgeschlossen betrachtet werden müsse.

Am demselben Abend hatten auch Verhandlungen der Hirsch-Dunderschen und der Christlichen stattgefunden, und durch Boten wurde der Kartellisierung ein Brief folgenden Inhalts übermittelt:

Geehrte Herren! Nach heute soeben stattgefundener Rücksprache mit den Vertretern der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine haben wir Kenntnis davon erhalten, welche Vertreterzahl unserer Organisation seinerzeit zugestimmt worden ist.

Da man uns bei der am Dienstag stattgehabten Besprechung keinerlei Mitteilung Ihrerseits über diese Verteilung der Mandate gemacht hat, sind wir leider nicht in der Lage, unsere gegebene Zusage in diesem Sinne aufrecht zu erhalten.

Wir beteiligen uns nur unter der Bedingung an der gemeinsamen Liste, wenn uns auch Ihrerseits die von den Hirsch-Dunderschen vorgeschlagenen Mandate zugestimmt werden.

Wir halten an den uns von den Hirsch-Dunderschen zugestandenen Mandaten fest, das heißt 11 Vertreter und 5 Stellvertreter.

Der Ausschuß für Arbeiter-Vertreterwahlen und soziale Angelegenheiten.
Mann.

Mit Entrüstung wurde dieses Schreiben von der Versammlung aufgenommen. Schließlich beruhigte man sich damit, daß die Hirsch-Dunderschen ihr Wort halten und ihre Liste zurückziehen würden, um mit uns eine gemeinsame Liste aufzustellen. Auch darin hatte man sich getäuscht. Der Kartellvorstand richtete noch eine Anfrage zwecks Aufklärung an die Christlichen, aber ohne Erfolg. Die Antwort lautete, daß auch unter ihnen dieserhalb Differenzen entstanden seien, und daß verschiedene Herren ihr Amt niedergelegt hätten. Ein weiterer Bescheid konnte nicht erteilt werden.

Dies der attennmäßig festgestellte Tatbestand, an dem die „Hirsche“, wenn sie noch einen Funken von Ehrlichkeit besitzen, nicht deuteln und rütteln können. Die freien Gewerkschaften waren nach dieser Sachlage bereit, die versöhnende Hand, die sich ihnen entgegenstreckte, nicht von sich zu weisen. Es ist ihnen jetzt aber zur Gewißheit geworden, daß man in den Kreisen der „Hirsche“ ein heuchlerisches Spieltrieb. Unter diesen Umständen gebietet es die Ehre der freien Gewerkschaften, daß sie für die Zukunft jedes gewünschte Entgegenkommen kalt zurückweisen. Den Machttitel werden sie vielleicht noch bitter bereuen und dem „Siegessrausch“ wird sehr bald die Ernüchterung folgen. Die Vertreter der freien Gewerkschaften wollten den Frieden, weil sie hofften, dadurch dem Wohle der gesamten Presselauer Arbeiterschaft zu dienen, ohne Rücksicht auf Konfession und politische Gesinnung. Sie taten das vor allem auch deshalb, um eine gesunde Rechtsprechung zu ermöglichen. Die „Hirsche“ haben die schwere Verantwortung für drei Jahre auf sich genommen, trotzdem sie wissen, daß ihre Leute soviel wie alles zu wünschen übrig lassen. Nun wohl! Wir werden die unter dem Regime der

„Hirsche“ vor sich gehende Rechtsprechung genau verfolgen und dann ja sehen, was wir zu tun für unsere Pflicht halten.

Zum Schluß sei noch mitgeteilt, daß wir noch einen letzten Versuch zur Ungültigkeitserklärung der Wahlen gemacht haben. Es ist Beschwerde beim Bezirksausschuß eingelegt worden, in der der Sachverhalt eingehend dargelegt und die Art des Wahlverfahrens als unkorrekt und den Vorschriften der gesetzlichen Bestimmungen zuwider bemängelt wird.
L. Radlof.

Prozeßvertretung und Schlichtungskommission.

Aus der Tätigkeit des Gewerbegerichts und des Kaufmannsgerichts in Jena im Jahre 1906 ergibt sich, daß der Vorsitzende seiner Aufgabe Interesse und Verständnis entgegenbringt. Unter seiner Leitung hat sich, was die Prozeßvertretung anlangt, die Praxis herausgebildet, für solche Parteien, die nicht im Bezirke des Gewerbegerichts wohnen oder durch Krankheit usw. verhindert sind, den Termin selbst wahrzunehmen, zur unentgeltlichen Wahrnehmung ihrer Rechte in der mündlichen Verhandlung ständige Prozeßvertreter zuzulassen.

Das Gewerbegericht beschloß einstimmig, Personen, die ihren geistigen Fähigkeiten nach imstande, nicht unter 22 Jahre alt und bereit sind, verhinderte Parteien kostenlos vor dem Gewerbegericht zu vertreten, als Prozeßvertreter zuzulassen. Es haben sich Mitglieder des Gewerbevereins, des Gewerkschaftsartells und des Ortsverbands der Gewerksvereine zu solcher Vertretung bereit erklärt. Auch die Gewerbegerichtsbeisitzer übernehmen derartige Vertretungen. Diese Einrichtung hat sich bewährt und wird viel benutzt.

Auch die einigungsamtliche Tätigkeit des Gewerbegerichts war von Erfolg, der noch größer hätte sein können, wenn die Vermittlung nicht mehrfach von Unternehmerseite schroff zurückgewiesen worden wäre. Besonders ist es anzuerkennen, daß der Vorsitzende des Gewerbegerichts nicht wartete, bis die durch Ausstände geschaffene Erbitterung bereits den Höhepunkt erreicht hatte oder die Anrufung des Einigungsamtes durch den einen Teil von dem anderen als Schwäche ausgelegt werden konnte, denn die Initiative ging stets vom Gewerbegericht selbst aus.

Auch beim Kaufmannsgericht erhielten dieselben Prinzipien bezüglich der Prozeßvertretung Gültigkeit. Die Einrichtung ist im Berichtsjahre öfter in Anspruch genommen worden und man hat gute Erfahrungen damit gemacht. Es ist insbesondere nicht beobachtet worden, daß der Grundsatz der beschleunigten Rechtsprechung darunter leidet.

Einem Antrage der Beisitzer, wegen einer korrekteren Beurteilung der Klage diese den antretenden Beisitzern in Zukunft vollständig abschriftlich mit der Terminladung zugehen zu lassen, konnte nicht entsprochen werden. Der Antrag wurde mit dem Hinweis darauf, daß auch im Prozeß vor dem Kaufmannsgericht das Prinzip der mündlichen Verhandlung herrsche und es deshalb geradezu gesetzwidrig sei, sich das Urteil auf Grund der Akten zu bilden, abgelehnt. Dagegen wurde den Herren Beisitzern zugesichert, in der Terminladung die gesetzlichen Bestimmungen, auf die sich die Klage stützt, anzugeben.

H. Wolf.

Wahlen.

In Böhmisch wurden in allen Gruppen die Vertreter unserer Gewerkschaften gewählt.

Kartelle und Sekretariate.**Aus den Kartellen.**

Chemnitz. Als Geschäftsführer für das hiesige Gewerkschaftskartell ist der bisherige Gauleiter des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Genosse Max Helldt in Dresden, gewählt. Den Bewerbern für ihre Mühe besten Dank.

Der Vorstand des Gewerkschaftskartells zu Chemnitz und Umgegend.

Das Gewerkschaftskartell zu Chemnitz hat am 1. Februar eine öffentliche Auskunftsstelle eingerichtet.

Das Gewerkschaftskartell zu Mülhausen i. E. hat eine Gewerkschaftsbibliothek eröffnet und ersucht die Gewerkschaftsvorstände und Sekretariate um Uebermittlung gewerkschaftlicher Jahresberichte und Literatur. Zu senden an Jos. Immenberger, Dornacherstr. 108.

Arbeitersekretär für Vegesack gesucht.

Das Gewerkschaftskartell zu Vegesack sucht zum 1. Juli d. J. einen Arbeitersekretär bei 2000 Mk. Gehalt. Bewerber wollen sich bis zum 15. April bei den Genossen Ludwig Jaisfle, Numund, Fährstraße 343, melden.

Mitteilungen.

Berichtigung. In unserem Artikel „Aus der Bergarbeiterbewegung“ in Nr. 11 hat sich ein Fehler eingeschlichen, den wir hierdurch richtig stellen. In der Zusammenstellung der Ausgaben auf S. 168, zweite Spalte, müssen die Summierungsziffern lauten: Bergarbeiterverband 1337 317 Mk., Gewerkschaften 666 218 Mk. Der Bergarbeiterverband hat also 671 099 Mk. mehr für Unterstützungen verausgabt als der Gewerkschaften. Wir bitten unsere Leser, von dieser Richtigstellung Notiz zu nehmen.

Unterstützungs-Vereinigung der in der modernen Arbeiterbewegung tätigen Angestellten.

Zur Mitgliedschaft haben sich gemeldet:

Bant:	Wagner, Richard, Redakteur.
Berlin:	Wotomski, Franz, Angestellter des Buchbinder-Verbandes.
"	Müller, Paul, Angestellter des Buchbinder-Verbandes.
"	Klar, Ernst, Angestellter des Buchbinder-Verbandes.
"	Volzmann, Max, Expedient.
"	Seifel, Otto, Expedient.
"	Krihow, Wilhelm, Angestellter des Verbandes der baugewerblichen Hilfsarbeiter.
"	Gräber, Karl, Angestellter des Verbandes der baugewerblichen Hilfsarbeiter.
"	Lehmann, Hellmut, Angestellter des Verbandes der Bureauangestellten.
"	Worthmann, Paul, Angestellter des Centralverbandes der Handels- und Transportarbeiter.

Berlin:	Bünger, Robert, Angestellter der Centralfrankenasse der Maler.
"	Stein, Baptist, Angestellter der Centralfrankenasse der Maler.
Bremerhaven:	Schmalfeldt, Heinrich, Annoncensammler.
Breslau:	Joppich, Friedrich, Angestellter des Fabrikarbeiter-Verbandes.
"	Langer, Albert, Angestellter des Verbandes der Bauhilfsarbeiter.
"	Machol, Theodor, Angestellter des Verbandes der Bauhilfsarbeiter.
Chemnitz:	Sickfeld, August, Angestellter des Holzarbeiter-Verbandes.
Dresden:	Eichler, Reinhold, Expedient.
"	Messing, Friedrich, Expedient.
"	Leuthold, Robert, Expedient.
"	Pfundt, Paul, Expedient.
"	Beher, Max, Expedient.
"	Stelzer, Bruno, Expedient.
"	Lange, Heinrich, Angestellter des Buchbinder-Verbandes.
Flensburg:	Christians, Peter, Angestellter des Fabrikarbeiter-Verbandes.
"	Christesen, Thomas, Angestellter des Fabrikarbeiter-Verbandes.
"	Kohndorf, Karl, Angestellter des Metallarbeiter-Verbandes.
"	Rößiger, Hugo, Angestellter des Textilarbeiter-Verbandes.
Frankfurt a. M.:	Thieme, Bruno, Buchhandlungsgehilfe.
Gera:	Pfeiffer, Otto, Gewerkschaftssekretär.
Hamburg:	Karpinski, Karl, Angestellter des Verbandes der Hafnarbeiter.
"	Hähnle, Gustav, Angestellter des Verbandes der Hafnarbeiter.
Hannover:	Hunold, Fritz, Angestellter des Verbandes der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
"	Rieschbieter, Wilhelm, Redakteur.
Hildesheim:	Weiß, Karl, Arbeitersekretär.
Kiel:	Greß, Paul, Arbeitersekretär.
"	Wiegand, Louis, Expedient.
Königsberg:	Sarunski, Franz, Angestellter des Verbandes der baugewerblichen Hilfsarbeiter.
Leipzig:	Sangerlauch, Karl, Angestellter des Verbandes der Handels- und Transportarbeiter.
"	Busch, Heinrich, Angestellter des Sattler-Verbandes.
Lörrach i. B.:	Rieslich, Adolf, Angestellter des Textilarbeiter-Verbandes.
München:	Stoß, Michael, Angestellter der Vereinigung der Maler.
"	Szyperlinski, Ernst, Angestellter der Vereinigung der Maler.
"	Hönig, Ferdinand, Angestellter des Buchbinder-Verbandes.
Nürnberg:	Müller, Friedrich, Angestellter des Maler-Verbandes.
Osnabrück:	Chrlizer, Johann, Arbeitersekretär.
Stettin:	Buchelt, Franz, Angestellter des Fabrikarbeiter-Verbandes.
"	Mehlich, Ernst, Berichterstatter.
Strassburg i. E.:	Thoniel, Victor, Expedient.
Stuttgart:	Oster, Karl, Expedient.